St. 27 R

Nummer 5 | Berlin, den 31. Januar 1931 | 44. Jahrgang

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Tiefbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Putzer- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Fliesenleger, Ofensetzer, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 1.— RM. (ohne Bestellgeld). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Blattes Montags früh.

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund
Berlin SW 68, Friedrichstr. 5-6. Fernspr.: A 7 Dönhoff 7650, 7651, 6240. Postscheckk. Berlin 65232.

Preise für Geschäftsanzeigen nach Tarif. Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S 14, Deutscher Baugewerksbund, Zentrale.

# Konferenz des Bundesbeirats und Bundesvorstandes.

Am 21. und 22. Januar tagten unser Bundesvorstand und Bundesbeirat im Hause des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats zu Berlin. Nach Begrüßung der Erschienenen berichtete der Bundesvorsitzende, Kollege Bernhard, zunächst über den Stand des Bundes. Die große Wirtschaftskrise bleibt auch auf die Gewerkschaften nicht ohne nachteiligen Eindruck. Besonders haben darunter die baugewerblichen Arbeiterorganisationen zu leiden. Die große Arbeitslosigkeit drückt schwer auf die Gewerkschaften. Die für die Bautätigkeit verwandte Geldsumme dürfte im Jahre 1930 gegenüber dem Vorjahr um etwa 2 Milliarden Mark zurückgegangen sein. Der Wohnungsbau hat um 15 % nachgelassen, die Bautätigkeit der öffentlichen Hand um etwa 37 %. Die Lohnsumme, die der Bauarbeiterschaft im verflossenen Jahre verlorengegangen ist, dürfte 600 bis 700 Millionen Mark betragen. Die Arbeitslosenziffern der Bauarbeiterorganisationen lagen im verflossenen Jahre fast stets über 40 %, der niedrigste Stand im Baugewerksbund war im Juni 38,8 %. Am 12. Januar zählte der Baugewerksbund 70,4 % Arbeitslose; der Durchschnitt an Arbeitslosen vom vorigen Jahre bis jetzt beträgt 46,4 %. Dieser trostlose Zustand gibt baugewerblichen Unternehmerblättern Anlaß zu Scharfmachereien. So meldete vor einigen Tagen das Scharfmacherblatt „Baukurier", an den Bauarbeiterlöhnen sei bisher die Krise „spurlos" vorübergegangen. Diese wahrscheinlich aus Unternehmerkreisen inspirierte Aeußerung ist ein Schlag ins Gesicht der in schwerer Not befindlichen Bauarbeiterschaft. Eine vom Baugewerksbund aufgenommene Statistik zeigt schlaglichtartig die Wirkungen der daniederliegenden Bauwirtschaft auf die Jahresverdienste der Bauarbeiter. Sie berichten nur über Not und Elend. Aber so etwas geniert Blätter vom Schlage des „Baukurier" nicht; sie sehen nur die „Not" der Bauunternehmer, für die große Not der Arbeiterschaft haben sie keinerlei Empfinden oder Verständnis. — Unser Mitgliederstand hat unter den trostlosen wirtschaftlichen Zuständen gleichfalls gelitten. Immerhin ist der Rückgang an Mitgliedern gering; er beträgt etwa 4 %; trotz der großen Not stehen die Mitglieder treu zum Bund, der Abgang dürfte in der Hauptsache auf Berufswechsel zurückzuführen sein. Unsere Kassenbestände haben gleichfalls gelitten. Im vorigen Jahre mußte zum ersten Male, um alle Bundesausgaben zu decken, auf die Reserven der Hauptkasse zurückgegriffen werden. Trotzdem haben unsere Kassenverhältnisse einen zufriedenstellenden Stand. Die satzungsgemäßen Ansprüche, die durch unterstützungsberechtigte Mitglieder an die Bundeskasse auch im Jahre 1931 in Aussicht stehen, können erfüllt werden. Dies und die Unterstützung unvermeidlicher Kämpfe ist in jeder Gewerkschaft oberstes Erfordernis. Darauf hat auch der Bundesvorstand in erster Linie sein Augenmerk gerichtet und mit dieser Ansicht auch draußen im Lande Verständnis gefunden. — In einigen Kohlengruben oder Industriewerken in Westfalen müssen eine Anzahl Kollegen wöchentlich eine Feierschicht einlegen. Da einige Gewerkschaften für diese Feierschicht Arbeitslosenunterstützung zahlen, ist dieses Ansinnen auch an unsern Bund gestellt worden. Dies mußte aus satzungsgemäßen Gründen abgelehnt werden; eine Unterstützung in solchen Fällen bedeutete ein Unrecht den anderen Mitgliedern gegenüber. Der Bundesbeirat wird dieser Auffassung beitreten müssen. — Die Bauausstellung in Berlin ist in Vorbereitung, unser Bund ist selbstverständlich auch daran beteiligt. In den Fragen des Bauarbeiterschutzes sind Vorbereitungen im Gange, um sie mit Hilfe des Internationalen Arbeitsamts international zu fördern. Der Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter darf auch in schlechten Zeiten nicht vernachlässigt werden. Von unserm Bund aus wird der Bauarbeiterschutz durch Lichtbildserien wirkungsvoll unterstützt werden. Zweckdienlich wäre auch ein Bauarbeiterschutzkongreß in Verbindung mit der Berliner Bauausstellung. Darüber kann jedoch unser Bund nicht allein befinden, das ist eine allgemeine Angelegenheit des ADGB. und vor allem der am Bauarbeiterschutz interessierten Gewerkschaften. — Der Redner berichtete ferner über deutsche Bemühungen, anläßlich des in Frankreich in Aussicht genommenen Aufbauprogramms daran beteiligt zu werden. Die Aussichten sind nicht ungünstig. Sollte es dazu kommen, dann werden die deutschen baugewerblichen Arbeiterorganisationen nichts dagegen einzuwenden haben, jedoch wird es dann ihre Aufgabe sein, für die von deutschen Bauunternehmern in Frankreich beschäftigten deutschen Bauarbeiter die Lohn- und Arbeitsbedingungen vertraglich zu regeln. — In der Frage von Grenzlandkonferenzen, wie eine solche kürzlich in Reichenberg in Böhmen war, ist im Vorstand des ADGB. festgelegt worden, daß nicht nur der Vorstand des ADGB., sondern auch die interessierten Landeszentralen von der Abhaltung solcher Konferenzen vorher und zeitig unterrichtet werden müssen. — Die arbeitsrechtlichen Entscheidungen im Baugewerbe sind zu einem Sammelband vereinigt worden; er wird den Angestellten des Bundes bei der Vertretung der Mitglieder vor den Arbeitsgerichten gute Dienste leisten. Ein Sammelband über die zur Zeit bestehenden Tarifverträge ist in Vorbereitung; die Lebenshaltungsstatistik geht der Vollendung entgegen. Die Statistik über Löhne und Arbeitszeit in den Lohnbezirken seit 1924 wird gleichfalls in einem Band zusammengefaßt werden. — Der Kollege Albert Töpfer wird mit dem 31. März 1931 aus dem Bundesdienst ausscheiden. — Die Berichte über Vorstandswahlen in den Baugewerkschaften müssen stets sofort dem Bundesvorstand über den Bezirksvorstand zur Bestätigung eingereicht werden. Bisher sind 155 Vorstände neu- oder wiedergewählt worden nur in einem Falle war eine Beanstandung notwendig. Zum Schluß berichtete der Redner, daß in der Frage der gegnerischen Organisationen eine kleine Broschüre vollendet ist und demnächst an die Baugewerkschaftsleitungen hinausgegeben werden wird. Den Zersplitterungsbestrebungen der radikalpolitischen Gegner von links und rechts muß überall mit Nachdruck entgegengetreten werden. Die „Rote Fahne" schreibt heute, ebenso offen wie frech, daß man vor der Gewerkschaftszersplitterung nicht mehr zurückscheuen dürfe. Deshalb müssen wir auf der Wacht sein. Wir werden uns unsere, mühevoll in Drang und Sturm aufgebauten Gewerkschaften in solcher unverantwortlichen und gewissenlosen Weise nicht zerstören lassen. Zu den Jugendkursen im Heim von Werlsee sollen wieder ausländische Jugendliche hinzugezogen werden. Die Lichtbild- und Filmvorträge müssen im nächsten Winter in den Bezirken planmäßig gehalten werden. Auf dieses Aufklärungsgebiet ist künftig größeres Gewicht zu legen. — Anschließend berichtete Kollege Gewald über Bauarbeiten als städtische Regiearbeiten, wobei heute hauptsächlich Fürsorgearbeiter oder Wohlfahrtserwerbslose beschäftigt werden. Man sucht diese Arbeiter vor allem in Bayern (und auch in anderen Ländern) mit dem niederen Gemeindearbeiterlohn abzuspeisen, und es finden sich Organisationen, die dieses Bestreben durch entsprechende Vereinbarungen unterstützen. Dagegen müsse mit Hilfe des ADGB. eingeschritten werden. Auch sei es nicht angängig, bei solchen Bauarbeiten fast ausschließlich Fürsorgearbeiter und Wohlfahrtserwerbslose zu beschäftigen und die ohnehin durch große Arbeitslosigkeit geplagten Bauarbeiter draußen zu lassen. — Kollege Rosenzweig sagte noch, daß durch die bekannte Verordnung der Reichsregierung das Bestreben der Gemeinden, Bauarbeiten zum Gemeindearbeiterlohn auszuführen, zweifellos gefördert worden ist. Im übrigen sei neuerdings mitgeteilt worden, daß an einzelnen Stellen Kollegen, die als berufsübliche Arbeitslose unterstützt worden sind, die Krisenunterstützung entzogen wird. In den Verordnungen findet diese Maßnahme keine Stütze. Auch das Bemühen macht sich wieder breit, nicht nur Tiefbauarbeiten, sondern sogar Hochbauarbeiten zu Notstandsarbeiten zu stempeln und dementsprechend die Arbeiter niedriger zu entlohnen. Gegen solche Manipulationen, die rechtlich unhaltbar sind ist mit allem Nachdruck einzuschreiten. — Kollege Otto ergänzte die Ausführungen Rosenzweigs an Hand praktischer Beispiele. Notstandsarbeiter dürfen Arbeiten unter schlechteren Bedingungen verweigern, ohne dann später ihre Unterstützung einzubüßen.

In der Aussprache wurde die Meinung unterstrichen, daß sich die sogenannten Notstandsarbeiten zu einem immer größeren Uebel auswachsen. Stellenweise ist bereits gegen den groben Unfug, Mindertarife zu zahlen, vorgegangen worden. In den Verwaltungsstellen der Arbeitsämter bietet sich hierzu treffliche Gelegenheit. Alles muß versucht werden, um bei Notstandsarbeiten oder bei Ausführung von Bauarbeiten durch die öffentliche Hand die Interessen der Bauarbeiter wahrzunehmen und ihre Tarifrechte zu sichern. Festgestellt wurde auch, daß die Unternehmer oft gegen ihre Pflichten als Tarifpartner verstoßen. Die jetzt auch im Baugewerbe einsetzende Zersetzungsarbeit durch die RGO. wurde verschiedentlich aufgezeigt, vor allem auch, wie dadurch dem Indifferentismus Vorschub geleistet wird. Gegen die Tätigkeit des Vorstandes wurden Einwände nicht erhoben. — Im Schlußwort ging Kollege Bernhard noch auf einige in der Aussprache aufgeworfene Fragen ein. Er stellte dabei die einmütige Auffassung des Beirats fest, daß trotz aller Wirtschaftsnöte und trotz der politischen Verworrenheit keine Ursache vorliegt, der Zukunft mit Kleinmut entgegenzuschauen. Noch stehen die Gewerkschaften ungeschwächt da, sie werden sich auch künftig behaupten und allen Widerwärtigkeiten die Spitze zu bieten verstehen. Zum Schutz der deutschen Arbeiterschaft und zum Trutz jeder Reaktion!

Beschlossen wurde, daß der Bundesvorstand in der Frage einer etwaigen Umorganisierung der Poliergruppe mit den einschlägigen Instanzen verhandeln möge. Bei Beantragung der Invalidenunterstützung durch den Bund soll ein ärztliches Attest genügen. Die Sammlung arbeitsrechtlicher Entscheidungen soll ehrenamtlich tätigen Kollegen in dem Falle gegeben werden, wenn sie als Prozeßvertreter fungieren. Ein Ersatzmann für den ausscheidenden Bundesrevisor Töpfer soll an einem späteren Zeitpunkt gesucht werden. Zunächst genügt der Bundesrevisor Kollege Anton. Bei einzelnen Feierschichten soll Bundesunterstützung nicht in Frage kommen. Auch mit den Maßnahmen des Vorstandes gegen die RGO. und deren Befürworter erklärte sich der Beirat einverstanden. Gegen die nationalsozialistischen Machenschaften soll in gleicher Weise vorgegangen werden, sobald sie organisationsschädigend zu wirken geeignet sind. Ueber die Finanzierung der Bauwirtschaft soll auf der nächsten Konferenz ein Vortrag gehalten werden. Es wäre auch in Aussicht zu nehmen, den als italienischen Emigranten in Deutschland weilenden Genossen Valär über den italienischen Faschismus zu hören.

Hierauf sprach Kollege Pisternick über Lehrlingshaltung und -ausbildung. Die Statistik erweise, daß im Baugewerbe insgesamt etwa 184 000 Lehrlinge vorhanden sind. Wenn sich auch der Geburtenrückgang während des Krieges — allerdings erst sehr gering — bemerkbar mache, so sind doch immer noch vielzuviel Lehrlinge vorhanden Es gibt heute schon für viele Lehrlinge überhaupt keine Arbeit. Eltern schließen oftmals blindlings Lehrverträge ab. Erst später bemerken sie, wie schädlich sich die verschlechterten Bedingungen auswirken. Mehr als bisher müssen alle Aufklärungsmittel angewendet werden, um die Eltern aufzuklären, sie zu warnen. Es muß mit allen in Betracht kommenden Instanzen: Ortsausschüssen des ADGB., Landtags- und Gemeindefraktionen, Gesellenausschüssen und Elternbeiräten der Volksschulen Verbindung aufgenommen werden. Die Lehrwerkstätten der Unternehmer, oftmals in Verbindung mit den Berufsschulen gegründet, sind scharf unter die Lupe zu nehmen. Denn sie wollen nach dem Dinta-Grundsatz um „die Seele des Arbeiters kämpfen" und gegen die Gewerkschaften kämpfen. Die sogenannten Lehrlingsbauten sind keineswegs gutzuheißen, hinter diese „Lehre" muß man viele Fragezeichen machen. Es gibt „Lehrlingsbauten", wo man alle Gesellen nach Hause geschickt hat und der Bau lediglich mit Lehrlingen fertiggestellt wurde. Die Unternehmer tun so, als wenn sie mit den Lehrlingsbauten die Forderung der Gewerkschaften nach gründlicher Lehrlingsausbildung verwirklichen wollen. Das ist aber nicht der Fall. Wir wenden uns gegen die „Lehrlingsbauten", wie überhaupt gegen diese Methoden, auch wenn Berufsschulen dahinterstehen. Wir müssen stets versuchen, in alle diese Dinge hineinzukommen, um sie zum Besten unserer Jugend zu wenden! — In der Aussprache wurden Gegenmaßnahmen einer Innung gegenüber unseren Lehrlingsbestimmungen im Reichstarifvertrag zur Sprache gebracht. So heißt es im Lehrvertragsmuster einer ostpreußischen Innung, daß die Lehrzeit erst nach der Freisprechung, also nach der Gesellenprüfung, endet. Da die Lehrlinge den Frühjahrstermin der Freisprechung versäumten, und der Meister nicht verpflichtet ist, auf diesen Termin aufmerksam zu machen, mußten die Lehrlinge bis zum Herbst zu den Lehrlingsbedingungen weiterarbeiten So entschied leider auch das Arbeitsgericht Königsberg. Immer noch haben eine ganze Reihe Unternehmer vielzuviel Lehrlinge, nicht selten 20 bis 30. Ganz besonders schlimm sind die Lehrlingsver-

hältnisse im Glasergewerbe, besonders in Berlin. Dort gibt es mehr Lehrlinge als Gehilfen. Es muß auch von der Möglichkeit Gebrauch gemacht werden, mit finanzieller Unterstützung der Arbeitsämter fachliche Schulung der erwerbslosen Jugendlichen zu betreiben. Unsere Kollegen im Landtag sollten da nachhelfen. — Aus der Aussprache ging weiter hervor, daß die baugewerblichen Innungsmeister alle möglichen Kniffe versuchen, um die Lehrlingsbestimmungen im Reichstarifvertrag unwirksam zu machen.

In den Abendstunden nahm dann die Konferenz einen Lichtbildervortrag des Sekretärs vom ADGB., Alexander Knoll, über die Kulturgeschichte des Straßenbaues, entgegen. Der hochinteressante und aufmerksam entgegengenommene Vortrag fand lebhaften Beifall.

Am zweiten Verhandlungstag hielt Kollege Bernhard zunächst ein Schlußwort zur Frage der Lehrlingshaltung und -ausbildung. Wir werden in dieser Frage immer wieder nach Vollkommnerem streben. Eine Lehrlingsordnung verlangen wir nach wie vor. So lange wir aber eine unseren Wünschen entsprechende Lehrlingsordnung nicht haben, werden wir die Interessen der Lehrlinge auf dem Wege der Tarifvereinbarung wahrzunehmen und zu verbessern suchen. Sogenannte Lehrlingsbauten sollten scharf bekämpft werden. Sie führen zu übermäßiger Lehrlingszüchtung und zur Brotlosmachung der Gesellen. Im übrigen muß das Schulwesen der Lehrlinge von uns scharf beobachtet werden. Schädliche Uebergriffe und Einflüsse sind zu bekämpfen. — Die Konferenz bekundete mit dieser Auffassung ihr Einverständnis.

Hierauf sprach Kollege Bernhard zu den Verhandlungen über den Reichstarifvertrag für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten und unsere Frühjahrslohnbewegung. Am 15. Januar war in dieser Frage eine Vorbesprechung der baugewerblichen Spitzenverbände. Es wurden die technischen Seiten der Tarif- und Lohnverhandlungen eingehend besprochen und die Verhandlungstermine vereinbart. Redner besprach im einzelnen die dabei zu beachtenden Fragen. Zum Schluß wies er darauf hin, in welcher Weise in den baugewerblichen Unternehmerblättern scharf gemacht wird. Vor allem hat sich darin jetzt schon, neben dem „Baukurier", das „Baugewerbe" in einem Aufsatz „Rückblick und Ausblick" hervorgetan. In diesem Aufsatz wird zur Baukostenfrage gesagt, daß der Baukostenindex von 181,2 im November 1929 auf 154,9 im November 1929 gesunken ist. Da sich aber sonst im Baubetrieb nichts mehr rationalisieren lasse und auch bei den Baustoffen nicht mehr viel herauszuholen sei, seien weitere Preissenkungen im Baugewerbe nur möglich durch Senkung der tariflich gebundenen Löhne und der sozialen öffentlichen Lasten. Diese offenbar vom Unternehmertum inspirierte Meinung zeigt dessen Absichten bei der diesjährigen Tarif- und Lohnbewegung im Baugewerbe. Nicht nur dem sozialen öffentlichen Recht und den sozialen Teilen des Reichstarifvertrages will man auf den Leib rücken, sondern auch den „übersetzten" Bauarbeiterlöhnen. Geflissentlich wird der großen Oeffentlichkeit immer wieder suggeriert, das Bauen und die Wohnungsmiete gestalte sich deshalb so teuer, weil die Bauarbeiterlöhne „zu hoch" seien. Dabei steht fest, daß die Bauarbeiter mit ganz anderen Ausgaben als Industriearbeiter zu rechnen haben. Die Unständigkeit der Beschäftigung verteuert die Lebenshaltung des Bauarbeiters in starker Weise. Ferner können Bauarbeiter heutzutage nur noch als Gelegenheitsarbeiter angesprochen werden. Die Löhne der Bauarbeiter sind unter diesen Umständen eher zu niedrig. Auch brauche keiner zu glauben, daß bei einer Herabsetzung der Bauarbeiterlöhne etwa mehr gebaut werden würde. Das Mehr oder Weniger im Bauen hänge von weit wichtigeren Maßnahmen und Verhältnissen ab. Entscheidend dafür ist vor allem der Stand der Wirtschaft. Im Jahre 1926 hat man ja auch die Löhne abgebaut. Die Folge war, daß trotz aller gegenteiligen Voraussagen durch die Unternehmer kein Stein mehr verbaut worden ist! Die Entwicklung hat damals im Gegenteil gezeigt, daß dort, wo der Lohn abgebaut war, weniger, und dort, wo der Lohn nicht abgebaut war, mehr gebaut worden ist. Natürlich ist das „Baugewerbe" auch gegen jede Arbeitszeitverkürzung. So etwas bezeichnet dieses Scharfmacherblatt als „unsinnig", ja, es fordert sogar für den Sommer eine längere Arbeitszeit. Jedenfalls will man auf diese Weise die öffentlichen sozialen Ausgaben für Arbeitslosigkeit „einschränken". Das „Baugewerbe" ist neben dem „Baukurier" das Sprachrohr der Scharfmacher im Baugewerbe. Es spricht aus, was man auf jener Seite beabsichtigt. Die Herren fühlen sich heute stark. Doch es kommen auch mal wieder bessere Zeiten. Das mögen sich die Herren merken. Jedenfalls werden wir mit aller Kraft und mit allem Nachdruck auch heute die Interessen der Bauarbeiter wahrzunehmen verstehen! (Starker Beifall.)

In der lebhaften Aussprache waren sich alle Redner darüber einig, daß alles getan werden muß, um die Anschläge des Unternehmertums auf die wirtschaftlichen und sozialen Belange der Bauarbeiterschaft abzuwehren. Eingehend wurde die einzuschlagende Taktik in allen Einzelheiten beraten und entsprechend beschlossen. Im Schlußwort konnte Kollege Bernhard die Einmütigkeit des Beirats und Vorstandes in dieser wichtigen Frage feststellen. Anschließend wurde noch die Verhandlungskommission gewählt.

Zum Schluß sprach Kollege Rosenzweig noch einmal über Fragen der Entlohnung der Notstandsarbeiter. Immer noch besteht sowohl bei den Landesarbeitsämtern als auch bei den Gemeinden starke Abneigung gegen die baugewerblichen Tariflöhne. Von gewisser Seite wird nun sogar versucht — so von schlesischen Steinindustriellen — Hochbauarbeiten als Notstandsarbeiten ausführen zu lassen. Erfreulicherweise ist dieser Vorstoß bei allen übrigen Interessenten auf starke Ablehnung gestoßen. — Neuerdings sind aber auch Bestrebungen im Gange, die werteschaffende Erwerbslosenfürsorge ebenfalls für den Wohnungsbau einzusetzen. Leider sind die baugewerblichen Unternehmerverbände gegen diese mißbräuchliche Inanspruchnahme der werteschaffenden Erwerbslosenfürsorge nicht aufgetreten. Wir fordern, daß auch in dieser Frage die Vertreter der Arbeiterverbände gehört werden. — Einige Arbeitsämter haben sich — wie schon gestern mitgeteilt — geweigert, die in der Saisonarbeiterfürsorge Ausgesteuerten in die Krisenfürsorge aufzunehmen. Dies ist unstatthaft.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen schloß der Vorsitzende die Konferenz mit Wünschen glücklicher Heimreise.

# Arbeitszeitverkürzung eine soziale Forderung!

Die Arbeitsdienstpflicht, das Paradepferd aller Nationalisten, aller kommißlüsternen und pensionsgierigen Generale bis hinab zum nationalistischen Feldwebel, ist, wie wir kürzlich mitteilten, an Konstitutionsschwäche krepiert. Arbeitszeitverkürzung ist nach wie vor eine der ersten sozialen Forderungen unserer Zeit. Sie muß und wird verwirklicht werden. Die Verkürzung ist, so paradox es auch klingen mag, sogar notwendig zur Erhaltung des kapitalistischen Systems. Sie wird sich auswirken als eine der vielen Maßnahmen und Tendenzen, die zur Ueberleitung der kapitalistischen Wirtschaft in die sozialistische notwendig und nicht zu umgehen sein wird. Sie ist unter allen Umständen notwendig, damit nicht am Ende dieser Wirtschaftsepoche das völlige Chaos stehen wird. Angesichts dieser Erkenntnis, die in einigen Fällen schon bei einigen kommunalen Betrieben, so in Berlin und Hamburg sowie auch in einem größeren privatkapitalistischen Betriebe, den Harburger Oelwerken, worüber wir in Nummer 3/1931 des „Grundstein" bereits berichtet haben, verwirklicht worden ist, ist es unverständlich, daß sich das Reichsarbeitsministerium um diese Fragen mit beispiellosem Erfolg herumdrückt. Aus diesem Ministerium, dessen allererste und höchste Aufgabe die Pflege von Fragen des Arbeitslebens ist, dringt keine Kunde, wie es sich zur Frage der Arbeitszeitverkürzung stellt, geschweige, daß es irgend etwas unternimmt, um im Sinne der gewerkschaftlichen Forderungen und der Maßnahmen der genannten Betriebe etwas zu veranlassen. Um so fruchtbarer ist allerdings die Tätigkeit des Gesamtkabinetts bei Herausgabe unfruchtbarer Preisabbaudirektiven und bei Lohnabbau.

Es ist nicht nur selbstverständlich, sondern wohl mehr als in allen anderen Berufen eine dringliche Forderung unserer Zeit, daß im Baugewerbe die Arbeitszeit verkürzt wird. Die Größe der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe ist allgemein bekannt. Sie übertraf während des ganzen Jahres 1930 die der übrigen Berufe bedeutend. Die Elendsziffern der arbeitslosen Bauarbeiter verpflichten zu dringlichen Maßnahmen, die für möglichst viele Arbeiter Brot und Arbeit schaffen. Es besteht kein Zweifel, daß im Baugewerbe die Arbeitszeitverkürzung mit für die Wirtschaft weitaus geringeren „Opfern" durchzuführen möglich ist, als in den Gewerben, in denen sehr viel größere Beträge als konstantes Kapital in Maschinen usw. investiert sind. Aber es ist selbstverständlich, daß der deutsche Unternehmer bei seinem engen Horizont mehr als ein Dutzend Jahre braucht, um ausreichend soziales Verständnis für die werktätige Bevölkerung aufzubringen. Zwölf Jahre Sozialpolitik, selbst nicht die bei allen patriotischen Anlässen immer wieder beklagte „deutsche Not" und auch nicht die ungeheuerlich große Arbeitslosigkeit haben es zuwege gebracht, für die Erkenntnis der Notwendigkeit einer Arbeitszeitverkürzung eine nennenswerte Zahl von Unternehmern zu gewinnen. Um so mehr sollte es Aufgabe der dem Allgemeinwohl dienen wollenden Regierungen sein, in erster Linie der Reichsregierung. Sie hat in diesem Jahre ausgiebige Möglichkeiten dazu. Wir fordern, daß sie von diesen Möglichkeiten Gebrauch macht. Verständlich ist, daß sich die Handels- und Gewerbekammern gegen die Verkürzung der Arbeitszeit wenden; so hat die Handelskammer in Düsseldorf, an deren Spitze Kommerzienrat C. R. Poensgen steht, die Arbeitszeitverkürzung für ein durchaus untaugliches Mittel bezeichnet, „da die Arbeitsleistung, namentlich die der Facharbeiter, kein mechanischer Vorgang sei, die sich je nach den Umständen künstlich oder willkürlich verkürzen oder verlängern läßt". Mit solchen „tiefgründigen" Aeußerungen wird um ein Problem herumgeredet, das von größter Bedeutung für Staat und Gesellschaft ist.

Das Thema der Arbeitszeitverkürzung wird auch in der Presse und auf vielen Tagungen zurzeit sehr eingehend diskutiert. Auch die „Gewerkschafts-Zeitung" hat sich kürzlich mit dieser Frage beschäftigt. Der bekannte Statistiker Wl. Woytinsky untersucht in einem sehr interessanten Aufsatz „die Auswirkung der Vierzig-Stunden-Woche auf dem Arbeitsmarkt" und kommt dabei schließlich zu dem Ergebnis, daß insgesamt etwa 850 000 Personen, also fast eine Million Menschen, durch die Einführung der Vierzig-Stunden-Woche in Beschäftigung kommen könnten. Von den Berufen, in denen die Möglichkeit besteht, durch Verkürzung der Arbeitszeit die Zahl der Beschäftigten zu vermehren, nimmt er aber die Landwirtschaft und das Baugewerbe aus. Soweit es sich um das Baugewerbe handelt, müssen wir sagen, daß die Ausführungen Woytinskys sehr in die Irre gehen. Für die Landwirtschaft sind wir nicht zuständig; wir beschränken uns lediglich auf das Gewerbe, für das wir die Interessenvertretung der Beschäftigten übernommen haben. Woytinsky schreibt: „Nicht in allen Berufen, Produktionszweigen und Betriebsklassen läßt sich die Zahl der Arbeitskräfte auf Kosten der Verkürzung der Arbeitszeit vermehren. Zunächst scheiden solche wichtigen Wirtschaftszweige wie die Landwirtschaft und das Baugewerbe aus. Die Schwierigkeit mit dem Baugewerbe fällt besonders schwer ins Gewicht. Auf dem Bauplatz werden in der Regel so viel Arbeitskräfte beschäftigt, wie man für die baldigste Vollendung der Arbeit einstellen kann. Bei der Verkürzung der Arbeitszeit wäre, sofern man nicht zur mehrschichtigen Arbeit übergeht, hier keine Mehreinstellung von Arbeitern möglich und das einzige Ergebnis würde sein, daß die Arbeit am Schluß der Bausaison unvollendet bleibt". Besonders der letzte Satz zeigt, daß der Verfasser die Dinge im Baugewerbe gründlich verkennt. Seit vielen Jahren fordern die Gewerkschaften und ihre Spitzenorganisationen, die Mittel zum Bauen so frühzeitig zur Verfügung zu stellen, daß die rechtzeitige Fertigstellung der Arbeit mit den vorhandenen Arbeitskräften möglich gewesen wäre. Besonders die Bauarbeiterverbände haben immer die Forderungen nach planmäßiger Bautätigkeit, nach Schaffung einer Bauplanwirtschaft erhoben, die die Ausnutzung aller die Bautätigkeit ermöglichenden Tage sicherstellt. Aber von diesen Forderungen abgesehen, kommt es zurzeit und angesichts dieser Krise darauf an, umgehend Maßnahmen zu treffen, die es ermöglichen, möglichst viel Arbeitskräfte unterzubringen. Die Zeiten des berühmten Facharbeitermangels im Baugewerbe sind längst vorüber. Auch in dieser Frage geht Woytinsky zu unserem lebhaften Bedauern sehr stark in die Irre. Selbst wenn es richtig wäre, daß „in der Regel so viel Arbeitskräfte beschäftigt werden, wie man für die baldigste Vollendung der Arbeit einstellen kann", dann ist damit doch noch nicht gesagt, daß die vierzigstündige Arbeitswoche im Baugewerbe keine vermehrte Einstellung von Arbeitskräften ermögliche. Im Gegenteil. Die Einführung der Vierzig-Stunden-Woche im Baugewerbe würde auch in diesem Gewerbe die günstigen Folgen zeitigen, die Woytinsky in seinem Aufsatz für andere Gewerbe errechnet. Auch in vielen anderen Industrien werden durchweg soviel Arbeitskräfte eingestellt, wie Arbeitsplätze vorhanden sind. Im Baugewerbe würde sich die Vierzig-Stunden-Woche dahin auswirken, daß ein Bau, auf dem jetzt 48 Stunden gearbeitet wird und zu dessen Fertigstellung beispielsweise 20 Wochen benötigt werden, nun 23 Wochen erfordert, da von den 6 Achtstundentagen in der Woche nur ein Tag oder je Woche acht Stunden ausfallen, die später nachgeholt werden müssen. Man komme uns nicht mit der wissenschaftlichen Begründung, die man in den letzten Tagen oft hört, daß die Arbeitsleistung der Vierzig-Stunden-Woche sehr bald die der 48-Stunden-Woche erreichen würde. Das mag hie und da in anderen Gewerben durch Verbesserung der Maschinen, durch weitere Rationalisierung und ähnliches der Fall sein. Aber so lange noch die im Baugewerbe vorherrschende handwerksmäßige Arbeitsweise besteht, wird dies in nennenswertem Maße nicht eintreten; denn bei den Handwerkern und Arbeitern des Baugewerbes ist nicht nur die Optimalleistung überschritten, sondern werden durchweg Höchstleistungen erreicht, die sich, selbst wenn man versuchen wollte, den Raubbau an der Arbeitskraft zu steigern, nicht mehr steigern können. Zunächst würde sich also auf jeden Fall die Vierzig-Stunden-Woche im Baugewerbe in einer merklichen Verlängerung der Bauzeit auswirken. Und eine sozial gerichtete Wirtschaftspolitik kann und darf angesichts der großen Arbeitslosigkeit auf das Gesammere und Gestöhne über angebliche Zinsverteuerung keine Rücksicht nehmen. Die für den Bau vorgesehenen Kapitalien haben vorher meistens sowieso schon einige Wochen brach gelegen und warten nur auf den Abruf. Die allgemeine Verlängerung der Fertigstellungsfristen würde also zu einer längeren Beschäftigungsdauer der Belegschaft führen, was wiederum eine Entlastung der Arbeitslosenversicherung mit sich brächte in einem Betrag, von dem ein Bruchteil genügen würde, um eventuelle Zinsverteuerungen wett zu machen. Man sollte meinen, daß diese Dinge niemand übersehen kann. Die Auswirkungen der Vierzig-Stunden-Woche auf der Grundlage Woytinskis für den Gesamtarbeitsmarkt erschätzt ergeben, daß zu den 850 000 in Beschäftigung gebrachten Personen unter der Voraussetzung einer normalen Bautätigkeit eines ganzen Jahres noch rund 150 000 hinzukämen. Auf jeden Fall würden bei Einführung der Vierzig-Stunden-Woche 100 000 Personen mehr im Baugewerbe Beschäftigung finden können.

Wenn Woytinsky meint, daß auf jedem Bauplatz so viel Arbeiter beschäftigt werden als unbedingt ankommen können, dann entgegnen wir, daß auch das nicht stimmt. Auf sehr vielen Baustellen könnten etliche Arbeiter mehr Beschäftigung finden, wenn der Bau nach einem ganz bestimmten, übersichtlichen Arbeitsplan aufgeführt werden würde. Vielfach gibt es auch Unternehmer, die in dem Glauben, Lohn sparen zu können, den Bau mit den vorhandenen wenigen Leuten aufführen. Auch solches Verhalten beweist, daß die Vierzig-Stunden-Woche im Baugewerbe möglich und erfolgreich ist. Alles in allem genommen, würde die Einführung der Vierzig-Stunden-Woche im Baugewerbe für jeden deutlich, unter Umständen auch radikal, den Berufen den Charakter eines Saisongewerbes nehmen können, sie würde — zusammengefaßt — eine Mehreinstellung von Arbeitskräften, und diesen wiederum eine weitaus längere Beschäftigungsdauer als in den letzten Jahren, besonders im letzten Jahre, bringen. Wir fordern mit allem Nachdruck die weitere Verkürzung der Arbeitszeit im Baugewerbe. Unser Gegenwartsziel ist die Vierzig-Stunden-Woche!

## Die Weltwirtschaftskatastrophe.

### Internationale Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit.

Die Völker hungern bei vollen Scheunen! Dies in letzter Zeit mehrfach gebrauchte Wort ist heute zu einer traurigen Wahrheit für die Arbeiterschaft der Welt geworden. Trotzdem diese traurige Tatsache zum Leitmotiv der Europakonferenz hätte werden müssen, strikt man sich um nebensächliche Dinge. Wie liegen die Verhältnisse? Am Weltmarkte brechen die Preise zusammen durch den stellenweise herrschenden Ueberfluß. Unüberwindliche Zollmauern hindern das Eindringen billiger Ware in die Bedarfsländer. In Kanada, in Nord- und Südamerika, werden Mais und Weizen als Brennstoffe verfeuert. In Brasilien werden mit voller Absicht Millionenwerte an Kaffee, in anderen südamerikanischen Ländern an Zucker verbrannt, und einem merkwürdigen Gesetz folgend fangen auch die Lagerhäuser europäischer Importeure zu brennen an. Mit einer hochentwickelten Technik ausgestattete Industrien lassen Bedarfs- und Luxusgüter sich zu Bergen türmen. Daneben stehen — nach Berechnungen des Internationalen Arbeitsamtes — mehr als 15 Millionen Arbeitslose, das sind mit ihren Angehörigen 60 Millionen Menschen, die nicht nur verbrauchsuntauglich gemacht worden sind, sondern die eine moderne Gesellschaft buchstäblich dem Hunger überantwortet.

Mit der jungen Völkern eigenen Sorglosigkeit erklärte man noch vor mehr als einem Jahre in den Vereinigten Staaten, es gebe in diesem gesegneten Lande keine Arbeitslosigkeit. Man lehnte vorbeugende sozialpolitische Maßnahmen ab — die hohen Löhne machten solche über-

Liest das „Bauwerk"!

flaffig. Heute stehen in USA. 7 Millionen Arbeitslose ohne wirksame Hilfe auf der Straße und nähren sich kümmerlich von den Bettelsuppen der Vanderbilts, des Roten Kreuzes und der Heilsarmee. Die amerikanischen Kommunen, denen heute Millionen von Armen zur Last fallen, schreien nach einem staatlichen Versicherungszwang. Sie preisen als Neuheit, was für die alte Welt unter dem Druck einer organisierten Arbeiterbewegung schon lange zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Und wenn die Berliner „Rote Fahne" mit Ueberheblichkeit erklärt, man suche in den Statistiken des Internationalen Arbeitsamtes vergeblich nach einer Arbeitslosigkeit in Sowjet-Rußland, so sei demgegenüber festgestellt, daß es dort durch brutalen Arbeitszwang zwar gelungen ist, die Arbeitslosigkeit hinwegzudekredikieren. Aber auch die fanatischsten Anhänger Sowjet-Rußlands müssen erkennen, daß sich der Hunger nicht durch Verordnungen verscheuchen läßt. Das russische Proletariat hungert in seinem Arbeitszwang, damit die Lebensmittel zu Schleuderpreisen ausgeführt werden können, um die Devisen des europäischen und amerikanischen Kapitalismus ins Land zu bekommen. Der Fünfjahresplan ist ein Leidensweg und ein Opfergang für das russische Proletariat. Von der Phalanx des Hungers und der Not ist auch die sowjetrussische Arbeiterschaft nicht ausgeschlossen. Die Arbeitslosigkeit ist durch die weltwirtschaftlichen Umwälzungen zu einem internationalen Problem geworden. International müssen daher auch die Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung sein. Unentbehrlich ist die Arbeitslosenversicherung und die Unterstützung. Wenn die Zahl der in den wichtigsten Industrieländern der Welt gegen Arbeitslosigkeit Versicherten sich von 4,5 Millionen im Jahre 1919 auf 44,6 Millionen — also um das Zehnfache — erhöht hat, ist dies ein Beweis für die wachsende Bedeutung der Versicherung. In immer höherem Maße werden in fast allen Industrieländern öffentliche Arbeiten zur Linderung der Arbeitslosigkeit gefördert. Eine öffentliche und kostenlose Arbeitsvermittlung wirkt regulierend und helfend. Die Zahl der öffentlich vermittelten Stellen hat sich von 2,7 Millionen im Jahre 1911 auf etwa 20 Millionen im Jahre 1930 erhöht. Aber all dieses sind nur Hilfsmittel, die zwar lindern können, aber nicht geeignet sind, das Uebel zu beseitigen. Dazu bedarf es heute Maßnahmen politischer, wirtschaftlicher und sozialer Art, die weit über das hinausgehen, was bisher an internationaler Zusammenarbeit geleistet worden ist. Mit der Bekämpfung der Kohlenkrise haben Völkerbund und Internationales Arbeitsamt auf diesem Gebiete einen, wenn auch noch heftig umstrittenen, Anfang gemacht. Wie lange der Kampf noch dauern mag, er muß enden mit einer Verständigung der kohleerzeugenden Länder untereinander und vor allem mit einer internationalen Gleichgestaltung der Arbeitsbedingungen. Was hier für die Kohle gilt, hat allgemeine Geltung.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts hat im Oktober 1930 entsprechend einem Vorschlag der Arbeitergruppe beschlossen, seinen Ausschuß zur Erforschung der Arbeitslosigkeit zu erweitern und mit einer eingehenden Erhebung über die Ursachen der Arbeitslosigkeit und die zu ihrer Bekämpfung geeigneten Maßnahmen zu beauftragen. Es darf in diesem Zusammenhang erwähnt werden, daß das Internationale Arbeitsamt und andere Völkerbundsorgane in bezug auf die wissenschaftliche Ermittlung der wichtigsten Ursachen schon wertvolle Vorarbeit geleistet haben. Heute kommt es mehr auf die politischen Entscheidungen an. Ein Blick auf die zu behandelnden Probleme beweist dies. Als Krisenursachen werden in dem Antrag der Arbeitergruppe in Genf u a. genannt: 1. der sinnlose Zollkrieg unter den Nationen; 2. die mangelhafte internationale Verteilung des Kapitals und der Rohstoffe; 3. die mangelhafte Anpassung der Produktion an die Bedürfnisse der Verbraucher; 4. die schlechte Verteilung des Volkseinkommens unter die verschiedenen Bevölkerungsschichten; 5. die Nationalisierung usw.

Eine zweckmäßige Regelung gerade dieser Fragen setzt eine weitgehende Verständigungsbereitschaft der Nationen voraus. Noch scheinen sie für eine Niederlegung der Zollgrenzen, wie die Völkerbundskonferenz bewies, nicht reif zu sein. Das gleiche gilt hinsichtlich der Verteilung der Rohstoffe. Ob die Bank für den internationalen Zahlungsausgleich in der Lage sein wird, eine bessere Kapitalverteilung herbeizuführen, scheint noch zweifelhaft. Noch ist, alles in allem, der Einfluß der organisierten Arbeiterbewegung auf die Regierungen und für die Gestaltung der Verhältnisse zu schwach. Dies zeigt insbesondere die Tatsache, daß auch die mangelhafte Verteilung der Volkseinkommen eine Ursache der Krise mit ist. Der Lohn ist ein politischer Lohn. Von dem Volkseinkommen erhält die Arbeiterschaft nur den Anteil, den sie kraft ihrer organisierten Macht politisch und gewerkschaftlich zu erkämpfen vermag. Das gleiche gilt ohne Einschränkung auch für die Erringung des der Arbeiterschaft zustehenden Anteils an den Erfolgen der Rationalisierung. Auch die Verständigung mit der farbigen Arbeiterschaft Asiens und Afrikas, die heute schon den europäischen Arbeitsmarkt bedrängt, ist eine Angelegenheit, die nur mit Hilfe der organisierten Arbeiterbewegung zweckmäßig geregelt werden kann.

In dieser Richtung liegen auch die in einer Denkschrift zur Europakonferenz gemachten Vorschläge des Direktors des Internationalen Arbeitsamts, Albert Thomas. Hier wird insbesondere betont, daß jede europäische Einigung und Verständigung unmittelbar auf die Arbeitsbedingungen und die Kaufkraft der Arbeiterschaft sich auswirken müsse, und daß daher die Vertretung der Arbeiterschaft unbedingt das Recht zur Mitwirkung haben müsse. Wirtschaftliche und politische Maßnahmen in Europa müßten eine Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft bringen. Daher könne eine solche Verständigung nicht allein das Werk von Politikern und Wirtschaftern sein, sondern es sei nur möglich im Zusammenwirken mit der internationalen Arbeitsorganisation, wo die Arbeiter der Welt einen maßgebenden Einfluß besitzen und dem geplanten europäischen Komitee.

Eine machtvolle internationale Arbeiterbewegung ist daher die Voraussetzung für eine erfolgreiche Lösung der internationalen Probleme. Die Arbeiterschaft kann die vom Internationalen Arbeitsamt und vom Völkerbund angebahnte wissenschaftliche Durchleuchtung der Ursachen der Weltkrise nur begrüßen. Aber darüber hinaus muß sie in allen Ländern die Vertreter der Gemeininteressen an die Stelle der Vertreter der Privatwirtschaft setzen. Erst dann verschwinden die heute noch unüberwindlich scheinenden Schwierigkeiten politischer Art.

---

# Ueberwachung der Bauten durch die Berufsgenossenschaften im Jahre 1929.

Die Berufsgenossenschaften sind nach § 875 der Reichsversicherungsordnung verpflichtet, technische Aufsichtsbeamte anzustellen, um die Befolgung der Unfallverhütungs-Vorschriften zu überwachen. Da nach dem Wortlaut des Gesetzes die technischen Aufsichtsbeamten nur für die Befolgung der Unfallverhütungs-Vorschriften zuständig sind, muß die Durchführung der behördlichen Bestimmungen, beispielsweise über Arbeiterfürsorge und Arbeitszeit, und für die Beachtung des auf Bauten ebenso wichtigen Nachbar- und Verkehrsschutzes durch die staatliche Gewerbeaufsicht (§ 139b RGO.) und die Baupolizei wahrgenommen werden Gegen diese angebliche „Doppelkontrolle" wird gegenwärtig wieder wahrscheinlich von den Berufsgenossenschaften nahestehender Seite Sturm gelaufen. Es wird, wie auch schon früher, wieder behauptet, daß die Revisionsbeamten der Berufsgenossenschaften die Ueberwachung der Bauten allein ausüben könnten, wobei aus erklärlichen Gründen verschwiegen wird, daß die Berufsgenossenschaften einmal wegen ihrer beschränkten Zuständigkeit — nur für die Unfallverhütung — zum anderen aber bei ihrem jetzigen Personalbestand gar nicht in der Lage sind, dieser Aufgabe gerecht zu werden.

Das Lob, das auf die Ueberwachung der Bauten durch die Berufsgenossenschaften gesungen wird, schrumpft stark zusammen, wenn man die Jahresberichte der gewerblichen Berufsgenossenschaften, 53. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt, hinsichtlich der Aufsichtstätigkeit der technischen Aufsichtsbeamten bei den Baugewerks-Berufsgenossenschaften und der Tiefbauberufsgenossenschaft für das Jahr 1929 einer näheren Prüfung unterzieht. Die von den Berufsgenossenschaften des Baugewerbes durchgeführte Ueberwachung ist keineswegs über alle Kritik erhaben.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Ueberblick über die Revisionstätigkeit der einzelnen Berufsgenossenschaften.

| Nr. d. Berufsgenossenschaft | Berufsgenossenschaften | Zahl der technischen Aufsichtsbeamten | Betriebe: eingetragene | Betriebe, besichtigungsbedürftige: eingetragene | Betriebe, besichtigungsbedürftige: angemeldete Eigenbaubetriebe | Betriebe, besichtigungsbedürftige: insgesamt Spalte | Versicherte Personen in den Betrieben der Spalten 5 | 6 | 7 | Besichtigungen in den Betrieben der Spalte 7 | Auf den Besichtigungsstellen beschäftigte versicherte Personen | Auf 100 Betriebe Spalte 7 entfallen Besichtigungen der Spalte 11 | Auf 100 versich. Personen der Spalte 10 entfallen Personen der Spalte 12 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 |
| 43 | Hamburgische Bau- | 12 | 13 355 | 6 529 | 353 | 6 882 | 72 552 | 920 | 73 472 | 17 645 | 120 242 | 256 | 164 |
| 44 | Nordöstliche Bau- | 22 | 24 564 | 10 411 | 1 809 | 12 220 | 214 555 | 4 257 | 218 812 | 33 409 | 294 706 | 273 | 135 |
| 45 | Schles.-Posensche Bau- | 7 | 7 430 | 4 630 | 1 660 | 6 290 | 86 931 | 2 576 | 89 507 | 13 574 | 106 065 | 216 | 118 |
| 46 | Hannoversche Bau- | 11 | 19 749 | 8 728 | 458 | 9 186 | 114 813 | 1 073 | 115 886 | 22 996 | 82 852 | 250 | 71 |
| 47 | Magdeburgische Bau- | 6 | 7 231 | 4 016 | 436 | 4 452 | 61 126 | 964 | 62 090 | 6 229 | 62 975 | 156 | 101 |
| 48 | Sächsische Bau- | 11 | 14 425 | 7 196 | 459 | 7 655 | 133 747 | 1 120 | 134 867 | 21 580 | 201 925 | 282 | 150 |
| 49 | Thüringische Bau- | 5 | 5 917 | 3 362 | 724 | 4 086 | 42 666 | 571 | 43 237 | 6 516 | 42 831 | 159 | 99 |
| 50 | Hess.-Nassauische Bau- | 10 | 15 594 | 6 199 | 350 | 6 549 | 78 929 | 506 | 79 435 | 30 189 | 153 230 | 461 | 193 |
| 51 | Rhein.-Westfäl. Bau- | 13 | 33 102 | 14 728 | 479 | 15 227 | 236 980 | 3 716 | 240 696 | 30 797 | 158 352 | 202 | 66 |
| 52 | Württembergische Bau- | 3 | 9 559 | 5 544 | 337 | 5 881 | 50 380 | 5 431 | 55 811 | 18 884 | 179 153 | 321 | 321 |
| 53 | Bayrische Bau- | 18 | 17 856 | 8 534 | 1 915 | 10 449 | 117 896 | 2 639 | 120 535 | 37 805 | 192 382 | 362 | 160 |
| 54 | Südwestliche Bau- | 8 | 9 475 | 3 382 | 287 | 3 619 | 38 211 | 486 | 38 697 | 26 509 | 93 838 | 732 | 242 |
| 64 | Tiefbau- | 11 | 4 669 | 3 051 | 117 | 3 168 | 307 285 | 9 085 | 316 370 | 8 029 | 246 855 | 253 | 78 |
| | Zus. oder Durchschnitt | 137 | 182 926 | 86 340 | 9 384 | 95 664 | 1 556 071 | 33 344 | 1 589 415 | 274 162 | 1 935 406 | 287 (Durchschnitt) | 122 |

Wie aus Spalte 4 und 7 zu ersehen ist, sind von sämtlichen eingetragenen Betrieben nur rund die Hälfte als „besichtigungsbedürftig" aufgeführt. Als nicht revisionsbedürftig gelten nach einem Rundschreiben des Reichsversicherungsamtes vom 11. Januar 1912 (Amtliche Nachrichten 1912, Seite 670) a) alle Betriebe, in denen im Berichtsjahre überhaupt keine Bauten oder Arbeiten ausgeführt wurden; b) die Betriebe der Architekten, Ingenieure, Techniker, Feldmesser, Geometer, Markscheider, Wiesenbauer, Stubenbohner, Tapezierer, Glaser, Asphaltierer, Markisenanbringer, Fensterputzer, Ofensetzer und Fliesenleger; c) alle Betriebe, für die im Berichtsjahre nur bis zu 20 ℳ Beitrag gezahlt wurden; d) alle Regiebaubetriebe, zu deren Ausführung weniger als 100 Tagewerke verwendet wurden.

In diesen von einer Besichtigung nicht erfaßten Betriebe dürften im Jahre 1929 etwa 400 000 Versicherte tätig gewesen sein. In den besichtigungsbedürftigen Betrieben sind dagegen insgesamt (Spalte 10) rund 1 590 000 Personen beschäftigt gewesen. Die Gesamtzahl der auf den besichtigten Arbeitsstellen angetroffenen Versicherten beläuft sich auf nahezu zwei Millionen (Spalte 12). Diese Zahl, die erheblich höher als die in Spalte 10 angegebene, erklärt sich aus mehrmaligen Besichtigungen einzelner wahrscheinlich größerer und deshalb längere Zeit andauernden Baustellen.

Ueber die Intensität mit der die einzelnen Berufsgenossenschaften des Baugewerbes die Ueberwachung ausgeübt haben, gibt Spalte 13 Aufschluß. Gleichzeitig ist daraus ersichtlich, wie unterschiedlich bei den einzelnen Berufsgenossenschaften die Ueberwachungstätigkeit war. Das günstigste Resultat hat die Südwestliche Baugewerks-Berufsgenossenschaft mit 732 Besichtigungen auf je 100 Betriebe zu buchen. An zweiter Stelle steht die Hessen-Nassauische Baugewerks-Berufsgenossenschaft mit 461 Besichtigungen und dann folgt die Bayerische Baugewerks-Berufsgenossenschaft mit 362. Die niedrigste Ziffer in dieser Spalte entfällt auf die Magdeburgische Baugewerks-Berufsgenossenschaft, die auf je 100 Betriebe nur 156 Besichtigungen vorgenommen hat. Im Durchschnitt sind in je 100 Betrieben 287 Besichtigungen vorgenommen worden. Leider ist aus der Zusammenstellung nicht zu ersehen, wieviel Baustellen insgesamt die besichtigungsbedürftigen Betriebe im Jahre 1929 hatten. Der Grad der Ueberwachung der einzelnen Baustellen läßt sich daher nur schätzen. Rechnet man, daß jeder der in Spalte 7 aufgeführten Betriebe sechs verschiedene Baustellen, die er im Laufe des Jahres 1929 gehabt hat — dabei sollen kleine Scharwerksarbeiten von ein bis zwei Mann außer Ansatz bleiben —, so kommen rund 574 000 Baustellen zusammen. Da insgesamt 274 162 Besichtigungen vorgenommen worden sind (Spalte 11) ergibt sich, daß noch nicht jede zweite Baustelle einmal im Jahre revidiert worden ist. Schon hier zeigt sich, wie notwendig die von den Berufsgenossenschaften oder von ihren Mitgliedern so lästig empfundene „Doppelkontrolle" durch Baupolizei und Gewerbeaufsicht noch ist. — Aus Spalte 14 ist ersichtlich, wieviel von den in den besichtigungsbedürftigen Betrieben beschäftigten Personen durch Revisionen erfaßt worden sind. Auch hier ist das Ergebnis recht unterschiedlich und dürftig. Die Württembergische Baugewerks-Berufsgenossenschaft hat jeden Arbeiter ihrer besichtigungsbedürftigen Betriebe 3,2mal erfaßt, die Südwestliche Baugewerks-Berufsgenossenschaft rund 2½mal, während die Hannoversche mit 0,71 und die Rheinisch-Westfälische sogar nur mit 0,66 Besichtigungen je Arbeiter kaum drei Viertel bis zwei Drittel der Gesamtbelegschaft im Jahre 1929 durch Revisionen betreut haben. Im Durchschnitt sind von je 100 in Spalte 10 gezählten Versicherten 122 durch die Revisionen erfaßt worden. Jeder Arbeiter ist daher rechnerisch 1¼mal im Jahre durch einen technischen Aufsichtsbeamten überwacht worden. Klarer wird das Bild, wenn man sagt, nach dem Ergebnis aus Spalte 14 steht der einzelne Bauarbeiter, sofern er in einem besichtigungsbedürftigen Betriebe beschäftigt ist, den technischen Aufsichtsbeamten seiner Berufsgenossenschaft in vier Jahren rund fünfmal.

Bei der Eigenart des Baugewerbes mit seinen rasch wechselnden Arbeitsstellen, seinen behelfsmäßigen Einrichtungen, wie Gerüste, Abdeckungen, Transportwegen und den dadurch auftretenden zahlreichen Gefahrenquellen und der immer noch ansteigenden Unfallziffer ist eine besonders intensive Ueberwachung der Bauten notwendig. Die Baukenüberwachung der Berufsgenossenschaften ist aber nach der amtlichen Zusammenstellung keineswegs derart, daß sie als ausreichend bezeichnet werden kann. Bei Wegfall der jetzigen, von behördlicher Seite außerdem vorgenommenen Revisionen der Bauten würde die Innehaltung der Bauarbeiterschutzvorschriften noch mangelhafter und die Unfallziffer noch höher werden. An einer solchen Entwicklung hat die Arbeiterschaft, die in erster Linie davon den Schaden hat, kein Interesse.

## Ausbildungskurse für Baukontrolleure.

Seit mehr als 30 Jahren erheben die baugewerblichen Arbeiter die Forderung einer besseren Ueberwachung der Baustellen zur Durchführung des Unfall- und Gesundheitsschutzes. Lange Zeit blieb dieser Ruf ungehört. Vor nunmehr 10 Jahren begannen die einzelnen Länderregierungen die Notwendigkeit einzusehen und empfahlen den nachgeordneten Polizeibehörden die Anstellung von Baukontrolleuren aus dem Arbeiterstand. Ende 1930 waren in Deutschland rund 200 solcher Baukontrolleure tätig, die von den Städten oder Landkreisen eingestellt und besoldet wurden. Den Arbeiterverbänden ist das Recht eingeräumt worden, geeignete Bewerber vorzuschlagen. Auf die Einstellung selbst haben die Gewerkschaften keinen Einfluß. So sind die zurzeit im Dienst befindlichen Baukontrolleure durchaus nicht nur den Reihen der freien und christlichen Gewerkschaften entnommmen, sondern es sind auch eine ganze Reihe freier Bewerber eingestellt worden.

Bedauerlicherweise besteht keine zentrale Zusammenfassung der Baukontrolleure. Jeder ist für sich in der Stadt oder dem Kreis, in dem er tätig ist, abgeschlossen. Im Interesse der Unfallverhütung ist aber eine Zusammenarbeit der Baukontrolleure über die Stadtgrenzen hinaus dringend erforderlich. Die Baukontrolleure sind meist Maurer oder Zimmerer, die lange Jahre hindurch auf der Baustelle tätig waren, sehr oft als Polier oder Poftengeselle. — Zweifellos kennen sie den Bau und seine Gefahren. Aber die Technik steht nicht still und immer wieder tauchen neue Arbeitsmethoden auf, und neue Baumaschinen der verschiedensten Bauart, die zur Fortbildung, auch der Baukontrolleure zwingen. Hinzu kommt noch die unheilvolle Zersplitterung der Arbeiterschutzgesetzgebung. Die technischen Aufsichtsbeamten haben es insofern leichter als sie nur den Bau nach den Vorschriften ihrer Berufsgenossenschaft kontrollieren. Der Baukontrolleur findet des öfteren auf einer Baustelle Arbeiten und Arbeiter, die drei verschiedenen Berufsgenossenschaften mit unterschiedlichen Unfallverhütungsvorschriften angehören (z. B. Hochbau-, Tiefbau- und Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft). Fehlen auf einer Baustelle die Unterkunftsräume, die Aborte und andere Einrichtungen hygienischer Art, so erklärt der technische Aufsichtsbeamte, daß er unzuständig sei, und überläßt diese Arbeit den Baukontrolleuren. Neben den berufsgenossenschaftlichen Vorschriften gibt es noch etwa 200 lokale Polizeivorschriften, die den Unfallschutz, und etwa rund 300 Vorschriften, die den sanitären Schutz betreffen. Das ist des Deutschen Reiches Bauarbeiter-Schutzgesetzgebung! Aus diesem Grunde sah sich der ADGB. veranlaßt, weitere Bildungskurse für Baukontrolleure bei den Länderregierungen zu fordern. Am 13. April 1928 erschien ein Runderlaß des preußischen Wohlfahrtsministers, der den Regierungspräsidenten die Einrichtung solcher Kurse empfahl. Darauf ist nichts unternommen worden, mit Ausnahme eines Fortbildungskursus im Februar 1929 an der staatlichen Baugewerksschule in Magdeburg. Auf Anregung des ADGB. hat das preußische Wohlfahrtsministerium nunmehr erneut in nachstehendem Runderlaß auf die Bedeutung der Sache hingewiesen:

**„RdErl. d. MfV. vom 6. Dezember 1930, betr. Ausbildungskurse für Baukontrolleure — II C 2257 —.**

Mit RdErl. vom 13. April 1928 — II 8. 500 — ist von mir infolge eines Entschließungsantrages im Preußischen Landtag angeregt worden, zur Weiterbildung von Baupolizeiorgane besondere Kurse zu veranstalten. Ich halte die Durchführung solcher Kurse im Interesse der weiteren Ausbildung insbesondere der aus dem Arbeiterstande hervorgegangenen Baukontrolleure für dringend erwünscht. Bis jetzt ist mir nur bekannt geworden, daß an der Staatlichen Baugewerksschule in Magdeburg im Frühjahr 1929 ein Fortbildungskursus stattgefunden hat, der einen guten Erfolg hatte. Anläßlich dieses Kursus sind aber nur die Bestimmungen der Bauordnungen für die Städte des Regierungsbezirkes Magdeburg und für die Landgemeinden eingehend besprochen worden. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat einen Entwurf zu einem Lehrplan für Ausbildungskurse ausgearbeitet, den ich zur Kenntnisnahme und Beachtung in Abschrift übersende. — Nach Ablauf von zwei Jahren ersuche ich, mir zu berichten, ob und wo und mit welchem Erfolg Ausbildungskurse veranstaltet worden sind. Die besondere Bereitstellung staatlicher Mittel kommt nicht in Frage. Ich mache darauf aufmerksam, daß als Vortragende, insbesondere für die Abschnitte 3 bis 5, 9 und 14 des Lehrplanes für den Ausbildungsplan, auch die Gewerbeaufsichtsbeamte in Frage kommen."

Der Erlaß bringt nun wiederum die Unternehmerseele zum Kochen. Giftig schreibt da ein Tintenkuli in der Zeitschrift der Bauunternehmer: „Das Baugewerbe" Nummer 3/31, nachdem der Inhalt obigen Erlasses wiedergegeben ist, wie folgt: „Wir haben schon vielfach im „Baugewerbe" darauf hingewiesen, daß wir die Schaffung eines Standes von Baukontrolleuren, die aus dem Arbeiterstande hervorgegangen sind, nicht für notwendig halten, da sie oft nicht über die notwendige Eignung verfügen und da bei den Berufsgenossenschaften ausreichend ausgebildete und fähige Beamte zur Verfügung stehen, die die gestellten Aufgaben bewältigen können und bisher einwandfrei erledigt haben. Nichts beweise besser die mangelhaften Fähigkeiten der Arbeiter-Baukontrolleure zur Ausübung ihrer Aufgaben als die vorstehende Mitteilung, nach der die weitere Ausbildung der Arbeiter-Baukontrolleure dringend erforderlich ist. Im allgemeinen pflegt man als Kontrolleur jemand anzustellen, der sein Fach nach jeder Richtung hin beherrscht. Die ganzen Bestrebungen sähen doch sehr danach aus, immer mehr Gewerkschaftsmitglieder an eine öffentliche Futterkrippe zu bringen.

Richtig ist daran nur, daß die Unternehmer immer gegen die Einstellung von Baukontrolleuren aus dem Arbeiterstand gewesen sind; aber das braucht uns niemand mehr zu sagen, wir kennen unsere Pappenheimer. Daß der Zeilenschinder das berufliche Können der Baukontrolleure anzweifelt, ist ohne Bedeutung, denn Männer mit 15 bis 25 Jahren praktischer Bauarbeit kann man nicht beleidigen. Seine Beweisführung ist demagogisch. Jede Berufsgruppe muß die Vorgänge des Arbeitsprozesses, mit dem sie zu tun hat, dauernd verfolgen. Wozu wäre es sonst notwendig, daß die Berufsgenossenschaften für die Fortbildung der technischen Aufsichtsbeamten Sorge tragen? Warum werden Vorträge gehalten, warum wird ihnen die einschlägige Literatur zur Verfügung gestellt? Warum nehmen sie an den Tagungen der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene, des Vereins Deutscher Revisionsingenieure, u. a. mehr teil? Warum schickt man sie in das Arbeitsschutzmuseum, warum auf Ausstellungen? (Deutsche Bauausstellung Leipzig, Hygieneausstellung-Dresden, usf.) Warum dies alles, wenn eine Fort- und Weiterbildung bei den technischen Aufsichtsbeamten unnötig ist? — Es ist auch unwahr, daß die Berufsgenossenschaften über genügend „ausreichend ausgebildete und fähige Beamte" verfügen. Wenn der Herr Zeilenschinder einmal seine Nase in die Jahresberichte der Berufsgenossenschaften stecken wollte, dann würde er feststellen, daß die Zahl der technischen Aufsichtsbeamten viel zu gering ist. Gerade im Baugewerbe sieht es besonders schlimm aus, denn zwei Drittel aller Arbeitsstellen bleiben unkontrolliert und das restliche Drittel wird nur einmal im Jahr besichtigt. Den Unternehmern allerdings ist auch das noch zu viel.

Und dann Verehrtester, etwas mehr Logik bitte! Wenn es stimmt, daß die Gewerkschaftsmitglieder nur an die „Futterkrippe" gebracht werden sollen, dann zeugen Ihre Zeilen doch von Futterneid. Wer die Besoldung der Baukontrolleure kennt, wird nicht solchen Unfug schreiben, denn gerade bei ihnen ist das Futter sehr, sehr mager. In vielen Fällen verdienen die Baukontrolleure weniger als in ihren früheren Berufen als Polier oder Postengeselle. Aber nennen wir das Kind bei seinem richtigen Namen. Der Unternehmer verwehrt dem Arbeiter die gleichberechtigte Mitwirkung auf allen Gebieten und mit allen Mitteln. Dagegen gibt es nur ein Mittel. Es heißt: Kämpfen. Kollegen seid auf der Hut. Verlangt und fordert die weitere Einstellung von Baukontrolleuren überall und mit Nachdruck soweit es in eurer Kraft steht!

## „Nicht vor einer Gewerkschaftsspaltung zurückschrecken!"

Dies schreibt die „Rote Fahne" am 21. Januar in Lapidarschrift. So frech ist man heute schon auf jener Seite geworden! In zollhohen Ueberschriften wird zur Zertrümmerung unserer Gewerkschaften aufgefordert. Anschließend wird dann aus den „Leitsätzen über die Gewerkschaftsbewegung, die Betriebsräte und die sogenannte Dritte Internationale" zitiert, daß die Kommunisten Ziele und Wesen der Gewerkschaftsopposition höher stellen als ihre Form und deshalb in der Gewerkschaftsbewegung vor einer Spaltung der Gewerkschaftsorganisationen nicht zurückschrecken dürften. Wenn sich eine solche Spaltung als notwendig erweisen sollte, dürfte sie aber nur dann durchgeführt werden, wenn es den Kommunisten gelingt, durch unausgesetzten Kampf gegen die opportunistischen Führer und ihre Taktik, durch lebhafteste Anteilnahme am wirtschaftlichen Kampf, die breitesten Arbeitermassen davon zu überzeugen, daß die Spaltung nicht wegen der ihnen noch unverständlichen fernen Revolutionsziele, sondern wegen der konkreten nächsten Interessen der Arbeiterklasse an der Entwicklung ihres Wirtschaftskampfes vorgenommen wird. — Was das heißt, dürfte jedem einleuchten. Das heißt ins Deutsche übersetzt, daß man die Gewerkschaften unter allen Umständen spalten, aber als Grund für diese Spaltung nächstliegende Ziele aufstellen müsse. Noch deutlicher: Wenn irgendeine Gewerkschaft in eine Lohnbewegung tritt oder durch die Unternehmer in eine Lohnbewegung gedrängt wird, dann haben die Männer der RGO. auf dem Plan zu erscheinen und im Angriffsfalle die Forderungen ins Maßlose zu steigern; im Abwehrfalle ebenfalls maßlose Gegenforderungen aufzustellen. Dabei ist nicht zu fragen nach der Gunst oder Ungunst der Zeit, folglich auch nicht nach der Kraft, die augenblicklich auf der Gewerkschaftsseite oder auf der Unternehmerseite vorhanden ist, sondern maßlos, planlos und ziellos sind verstiegene Forderungen aufzustellen, um die Arbeiter ins bolschewistische Garn zu locken, um in jedem Falle die legale Vertretung der Wirtschaftsinteressen der Arbeiter, die Gewerkschaftsorganisationen, zu überrumpfen. Die billige Unverantwortlichkeit der RGO., die bei Arbeitskämpfen höchstens Nudelsuppen riskiert, alle ernste Verantwortung jedoch den Gewerkschaften, die moralisch und finanziell für den Kampferfolg verantwortlich sind. Und dies alles zu dem Zweck, um nach außen zu zeigen: Seht, wir sind die vernünftigen Kerle, wir wollen radikal das Recht, während die „oppportunistischen" Gewerkschaftsführer die Verbündeten des Kapitalismus sind und nur euren Ruin wollen!

So malt sich in solchen Köpfen die Welt! Man muß staunen, daß viele Arbeiter in Deutschland diese bolschewistische Demagogie immer noch nicht begriffen haben. Wie oft schon haben die Gewerkschaftsmitglieder erklärt, daß trotz allen Parteigezänks die Einigkeit der Gewerkschaftsbewegung über alles gehen müsse! Trotzdem finden sich heute Arbeiter, die diese ernste Mahnung, diesen Urgrund der proletarisch-gewerkschaftlichen Kraft, verwerfen und sich der Gefolgschaft dieser notorischen Gewerkschaftszersplitterer zugunsten und auf Befehl Moskaus anschließen. Es ist weit gekommen, wenn ein sogenanntes Arbeiterblatt in zollhoher Ueberschrift verkünden darf: „Nicht vor einer Gewerkschaftsspaltung zurückzuschrecken!" Möge die Arbeiterschaft zur Besinnung zurückkehren und dieser offen betriebenen Gewerkschaftsspaltung, die, wenn sie gelänge, die wirtschaftliche Ohnmacht der Arbeiterklasse zur Folge hätte, die richtige Antwort geben. Hoch die Einigkeit der Gewerkschaften!

## Weg mit dem irreführenden Lebenshaltungsindex!

Wie man hört, sind Schritte eingeleitet worden, um den Index für die Lebenshaltungskosten auf eine neue Grundlage zu stellen. Der Index entspricht schon lange nicht mehr den Bedürfnissen und ist vollständig veraltet. Da er bei der Lohngestaltung eine außergewöhnliche Rolle spielt, führt er zur Schädigung der deutschen Arbeiterschaft. Der Arbeiterrat Groß-Hamburg hat an die Hamburger Arbeitsbehörde eine Eingabe gerichtet, die sich auf gründliche Berechnungen stützt und den Vorschlag zu einem neuen Index enthält. In dem Begleitschreiben wird darauf hingewiesen, daß die konstruierte Normalfamilie in ihren Normalausgaben vollkommen anormal ist. Sie macht keine Aufwendungen für Steuern, Sozialversicherung, Instandhaltung der Wohnung und Neuanschaffungen und kennt keine Gewerkschaftsbeiträge. Die Ausgaben für Körperpflege beschränken sich in dieser Familie auf monatlich achtmal Rasieren und zweimal Haarschneiden, auf ein Handtuch und ein Stück Toilettenseife. Das Bildungsbedürfnis wird durch eine Tageszeitung, 48 Reklamehefte, 72 Stück Bleistifte und einem 48maligen Besuch des Kinos im Jahr befriedigt. Bezüglich der Bekleidung ist es nicht zu verstehen, daß man immer noch von schwarzen Rindboxschnürstiefeln für Frauen, baumwollenen Frauenstrümpfen, Flanellhemden usw. für Männer spricht. Teilweise sind diese Waren gar nicht mehr vorhanden. Ein wichtiges Nahrungsmittel, das Obst, fehlt in der Ernährungstabelle vollständig. In der konstruierten Normalfamilie beschränkt sich der Verbrauch an Wurst- und Fleischwaren auch nicht lediglich auf Leberwurst, und an Fischen nicht ausschließlich auf Salzheringe. Der arbeitende Mensch hat selbstverständlich das Bedürfnis nach Erholung. Er geht aus, trinkt ein Glas Bier und raucht seinen Tabak. Der Indexmensch nach altem Muster kennt keine Erholung, keine Ausgaben für Sport usw. Der vom Hamburger Arbeiterrat aufgestellte neue Index beruht auf der amtlichen Kleinhandelspreisen. Das Ergebnis ist folgendes:

| | 1913/14 | 1930 | Indexziffern neue Berechnung | Indexziffern auf der alten Grundlage errechnet |
|---|---|---|---|---|
| Lebensmittel . . | 85 01 | 124,94 | 147,— | 141,— |
| Wohnung . . . | 45,98 | 58,86 | 128,— | 128,— |
| Beleuchtung . . . | 8,93 | 13,46 | 150,72 | 191.67 |
| Heizung . . . . | — | — | — | 94,51 |
| Bekleidung und Wäsche . . . | 16,42 | 26,95 | 164,12 | 166.61 |
| Sonstiger Bedarf . | 56,80 | 115,81 | 203,89 | 198,76 |
| | 213,14 | 340,02 | 159,52 | 146,95 |

Der Unterschied zwischen dem alten und dem neuen Index beträgt 12,59 %. Daß dies für die Berechnungsmethoden bei der Beurteilung der Lohnhöhe von ausschlaggebender Bedeutung ist, braucht nicht näher dargelegt zu werden. Deshalb stellt auch der Hamburger Arbeiterrat fest, daß die Kaufkraft der Löhne der gelernten Arbeiter bis September 1929 und die der ungelernten Arbeiter bis September 1928 unter dem Vorkriegsstand lag und bis September 1930 um 3,4 und 5,5 %, nicht aber um 12,3 oder 14,5 % nach dem alten Index gestiegen ist. Uns erscheinen die Untersuchungen des Hamburger Arbeiterrats als eine praktische Vorarbeit zur Aufstellung einer neuen Meßziffer für die Lebenshaltungskosten. Mit allen Mitteln muß darauf hingearbeitet werden, daß der alte irreführende Index recht bald verschwindet

# Streiks u. Lohnbewegungen

**Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter:** Gesperrt sind: das Abbruchgeschäft von August Erich, Baustelle Dynamitfabrik bei Geesthacht, Baugewerkschaft Hamburg, wegen Lohnabzug; die Firma Wenzel Schwalb in Emden wegen Tarifbruch; für Deckenrohrer die Firma Paul Banick in Hannover wegen Nichtanerkennung des Tariflohnes.

**Stukkateure und Putzer:** Die Stuckfirma Richard Liedke in Königsberg i. Pr. ist wegen Lohndifferenzen gesperrt.

**Fliesenleger:** Gesperrt ist in München die Firma Norbert Berger; in Wuppertal (Barmen-Elberfeld) wegen Lohndifferenzen das Plattengeschäft Junkersfeld; in Krefeld wegen Tarifdifferenzen die Firma Meis.

**Töpfer** Gesperrt sind in Hindenburg die Firma Frau Luzie und Frl. Alma Sochiera wegen Zahlungsunfähigkeit; in Oppeln die Firma Kanziora wegen Nichtanerkennung der Lohnkommission, in Halle/S. Wilhelm Stahl, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf, in Landsberg a. d. W. die Firma Alex Kaczkowski wegen Zahlung unterfariflicher Löhne, in München die Firma Norbert Berger wegen rückständiger Löhne, in Zeitz die Ofengeschäfte Gustav Neumann, Gustav Hörnicke und Emil Böhme, in Schwerin in Mecklenburg die Firma Brockmann, Ofenfabrik und Setzgeschäft.

# Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsergebnis vom 5. Januar 1931.

| Bezirksverband | Berichtende Baugewerkschaften | Mitgliederzahl am Wochenschluß | Maurer | Feuerungs- und Schornsteinmaurer u. Helfer | Poliere, Schachtmeister | Zementfacharbeiter | Zementarbeiter, Flechter, Bieger | Stuckgruppe und Hilfsarbeiter | Glaser | Ofensetzer | Ofensetzer | Scheibentöpfer | Steinzeugarbeiter | Töpferhilfsarbeiter | Fliesenleger | Hollerer und Helfer | Steinholzleger und Helfer | Kunststein-, Zementwaren-, Terrazzoarbeiter | Asphaltierer | Pfahlrammer | Betonrüstbauer | Bauhilfsarbeiter | Jugendliche Hilfsarbeiter | Erdarbeiter | Abstreifer bei Erdarbeit | Mineure | Rohrleger | Brunnenbauer | Lehrlinge | Weibliche Mitglieder | Insgesamt | vom Hundert der Mitgliederzahl 5 1 | vom Hundert der Mitgliederzahl 29 12. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | Von den Bundesmitgliedern waren am Feststellungstage arbeitslos | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Königsberg . | 7 | 17515 | 5614 | 6 | 205 | 63 | 149 | 131 | 13 | 8 | 392 | — | — | 35 | 20 | — | — | 107 | 14 | — | 12 | 5192 | 27 | 1928 | 43 | — | 41 | 5 | 910 | 8 | 14923 | 85,2 | 84,2 |
| Danzig . . . . | 1 | 3814 | 992 | — | 12 | 14 | — | 1 | — | — | 59 | — | — | — | 10 | — | — | — | — | — | — | 954 | 35 | 506 | — | — | — | — | 115 | — | 2698 | 70,7 | 59,9 |
| Stettin . . . . | 61 | 15797 | 6598 | 13 | 87 | 56 | 77 | 186 | 20 | 21 | 274 | — | — | 42 | 10 | 21 | — | 1 | — | — | — | 3065 | 6 | 1231 | — | — | 5 | — | 723 | 11 | 12447 | 78,8 | 75,8 |
| Breslau . . | 42 | 41571 | 14747 | 42 | 538 | 204 | 180 | 131 | 77 | 213 | 659 | 103 | 132 | 266 | 85 | 59 | 6 | 97 | — | — | — | 10104 | 76 | 1972 | — | — | 2 | 3 | 2188 | 67 | 31951 | 76,9 | 72,6 |
| Berlin . . . . | 60 | 54439 | 16378 | 45 | 223 | 571 | 441 | 1137 | 333 | 198 | 799 | 18 | 10 | 83 | 294 | 115 | 48 | 19 | 519 | — | — | 12298 | 3 | 1251 | 6 | — | — | 10 | 1323 | 33 | 36155 | 66,4 | 60,4 |
| Magdeburg . | 42 | 29308 | 11709 | 17 | 110 | 27 | 66 | 34 | 111 | 74 | 171 | 67 | — | 29 | 26 | 56 | 1 | 16 | 28 | — | 6 | 3809 | 11 | 596 | — | — | — | — | 771 | — | 17735 | 60,5 | 58,5 |
| Erfurt . . . . | 34 | 20197 | 9820 | 58 | 112 | 84 | 14 | 177 | 192 | 21 | 120 | 2 | — | 34 | 28 | 30 | 1 | 28 | 22 | — | — | 3935 | — | 302 | — | — | 4 | 1 | 1331 | 2 | 16318 | 80,8 | 79,1 |
| Frankfurt . . | 17 | 33510 | 10169 | 42 | 96 | 271 | 138 | 852 | 75 | 1 | 16 | — | — | — | 155 | 62 | 20 | 25 | 17 | — | 26 | 7363 | 277 | 1688 | 72 | — | 16 | — | 701 | — | 22082 | 62,2 | 59,7 |
| Köln . . . . | 12 | 19513 | 3684 | 30 | 93 | 281 | 357 | 1133 | 31 | — | 21 | 3 | 4 | — | 150 | 41 | 22 | 455 | 94 | — | 5 | 4483 | 149 | 809 | — | — | — | 1 | 160 | — | 11006 | 61,5 | 60,2 |
| Dortmund . . | 14 | 19880 | 5119 | 81 | 96 | 201 | 240 | 575 | 1 | — | 37 | — | — | 2 | 232 | 115 | 7 | 46 | 69 | — | 11 | 3962 | 255 | 1419 | — | — | 1 | — | 383 | — | 12852 | 64,6 | 64,4 |
| Hannover . . | 39 | 28842 | 10139 | 26 | 156 | 93 | 93 | 146 | 44 | 5 | 60 | 1 | 57 | 7 | 109 | 72 | 13 | 74 | 40 | — | — | 4555 | 3 | 1372 | 6 | — | 3 | — | 1159 | — | 18233 | 63,2 | 60,1 |
| Bremen . . . | 30 | 15435 | 4277 | 15 | 39 | 67 | 162 | 71 | 31 | 3 | 9 | — | — | — | 53 | 14 | 2 | 3 | 1 | 10 | — | 3176 | 1 | 1233 | — | — | 3 | 2 | 161 | — | 9333 | 60,5 | 55,6 |
| Hamburg . . | 45 | 33661 | 7821 | 7 | 59 | 298 | 430 | 226 | 145 | 13 | 157 | 1 | — | 5 | 119 | 69 | 32 | 89 | 48 | 57 | — | 4474 | — | 2844 | 47 | — | 4 | 48 | 224 | 1 | 17218 | 51,2 | 49,0 |
| Rostock . . . | 60 | 8363 | 3096 | 6 | 25 | 1 | 1 | 7 | 4 | 19 | 58 | — | — | 8 | 9 | — | 1 | — | — | — | — | 1663 | — | 373 | — | — | — | 2 | 348 | — | 5621 | 67,2 | 65,5 |
| Dresden . . . | 31 | 67773 | 22854 | 32 | 479 | 340 | 148 | 271 | 456 | 447 | 617 | 40 | 1 | 106 | 128 | 104 | 72 | 13 | 107 | — | — | 17457 | 3 | 1392 | — | 2 | 1 | 12 | 2537 | 57 | 47676 | 70,3 | 69,5 |
| Nürnberg . . | 29 | 17780 | 4813 | 88 | 68 | 29 | 44 | 849 | 28 | 131 | 42 | — | — | 71 | 80 | 18 | 1 | — | 14 | — | — | 4929 | 18 | 391 | 12 | 7 | 7 | 5 | 471 | 1 | 12117 | 68,1 | 63,0 |
| München . . | 27 | 15044 | 3921 | 17 | 74 | 37 | 28 | 136 | 51 | 7 | 101 | 1 | 8 | 12 | 64 | 19 | 7 | 5 | 28 | 6 | 29 | 4273 | 48 | 620 | 65 | 22 | 8 | 6 | 214 | — | 9807 | 65,2 | 64,1 |
| Stuttgart . | 14 | 10290 | 2250 | 10 | 22 | 126 | 36 | 1289 | 1 | — | 6 | — | — | — | 77 | 21 | 26 | 130 | 2 | — | — | 2044 | 143 | 833 | — | — | — | — | 270 | — | 7286 | 70,8 | 68,5 |
| Karlsruhe . . | 11 | 15781 | 5032 | 39 | 109 | 170 | 106 | 1049 | 13 | 24 | 6 | — | 54 | 3 | 75 | 46 | 8 | 27 | 9 | — | 12 | 2871 | 232 | 536 | 36 | 21 | 6 | 1 | 275 | — | 10740 | 68,1 | 68,1 |
| Zusammen . . | 576 | 468513 | 149033 | 574 | 2603 | 2933 | 2710 | 8381 | 1626 | 1185 | 3604 | 236 | 266 | 703 | 1724 | 862 | 267 | 1135 | 1010 | 73 | 101 | 100607 | 1287 | 21296 | 287 | 52 | 101 | 96 | 14264 | 180 | 317108 | 67,70 | — |
| Vorige Woche | 584 | 469069 | 142759 | 555 | 2344 | 2702 | 2543 | 7925 | 1569 | 1019 | 3331 | 234 | 276 | 647 | 1616 | 746 | 236 | 990 | 945 | 71 | 96 | 97485 | 1272 | 20642 | 233 | 62 | 87 | 76 | 13198 | 130 | 303789 | — | 64,76 |

# Unterhaltung und Wissen

## Pitters Christkindlein.

### Eine verspätete Weihnachtsgeschichte.

Wenn man im Winter nicht viel gearbeitet hat und im Sommer desto mehr stempeln gehen muß, so ist das gewiß nicht angenehm. Wenn man aber dann noch obendrein heiraten muß, so ist das direkt fatal.

So ungefähr erging es nämlich dem Pitter Dorb. Pitter hatte im letzten Winter fast nichts getan und mußte im Sommer desto mehr stempeln gehen. Wirtschaftskrise, und weiß der Himmel, wie man das sonst noch nannte. Also ging Pitter mit seinen Kollegen, die die widrige Armut an das gleiche Geschick gebunden hatte, täglich den verfluchten Stempelgang. Aber dann machte Pitter noch einen Gang, den man so leicht nicht wieder vergißt, nämlich den Gang aufs Standesamt. Jawohl, Pitter heiratete trotz der schlechten Zeit, weil er eben heiraten mußte; denn so ein schlechter Kerl war er nicht, daß er zu dem Mädchen sagte: „Das ist nicht von mir!" oder „Sieh zu, daß du es wieder wegbekommst!"

Nein, das sagte der Pitter nicht. Er war mit der Else, wie man es so zu nennen pflegt, gefallen, und er stand auch wieder mit ihr auf. Jedenfalls ist es immer eine Heldentat, in so einer schlechten Zeit zu heiraten.

Also Pitter ging zum Standesamt und ließ sich einschreiben, um drei Wochen später den offiziellen Trauungsakt vollziehen zu lassen. Das war schön, wie man's nimmt natürlich. Schöner wäre es immerhin gewesen, wenn jetzt das Paar auch die traditionelle Hochzeitsreise hätte antreten können; meinethalben an die See, oder in die Schweiz, oder auch zum malerischen Norden, oder zum sonnigen Süden. Daraus wurde natürlich nichts. Als armer Handlanger blieb dem Pitter eben so viel, daß er sich schlecht und recht durchs Leben schlagen konnte, zumal er als Junggeselle immer bei fremden Leuten gewohnt hatte, die auf jeden Fall ihr Kostgeld haben mußten, ob er nun stempeln ging oder nicht. Da war ihm nie die Gelegenheit zum Sparen gekommen, daß es nun zu solch einer großzügigen Reise gelangt hätte. Dem Pitter langte es nicht einmal dazu, einen kleinen Gemütlichen zu machen. Nach der Trauung ging er mit seinen Zeugen und der Neuvermählten in die erstbeste Kneipe, ließ sich von seinen Freunden als nunmehrigen Ehemann feiern, spendierte seiner jungen Frau einen Spezial, und trank selbst einige Gläschen Bier; wohl zwei oder drei, es können auch vier oder fünf gewesen sein. Dann begann der graue Alltag wieder mit der grünen Stempelkarte.

Damit war also alles wieder in alter Ordnung. Aber leider fand der Pitter sogar im Sommer immer noch keine Arbeit. Und der Sommer war schön, die Natur hatte sich so bunt und grün herausgeputzt, daß man trotz alles Elends seine Freude daran haben mußte. Aber immer wieder wurde diese Freude durch den Umstand getrübt, daß er keine Arbeit hatte. Für den Pitter, als Bauarbeiter, war jeder Sommer schön. Wenn es aber so an Arbeit haperte, wie in diesem Jahr, kann einem der schönste Sommer zum Ekel werden. Und tatsächlich wurde er dem Pitter zum Ekel. Saß er zu Hause, in der engen Bude, dann hatte die Else immer etwas zu nörgeln, streifte er durch die umliegenden Wälder und ließ sich den ganzen Tag nicht zu Hause sehen, nörgelte die Else ebenfalls. Wie sollte er es nun machen? Einmal klagte sie über Appetitlosigkeit, kotzte und würgte, daß es dem Pitter bald selbst oben heraus kam, und ein andermal fraß sie wieder wie ein polnischer Landarbeiter, schimpfte über die Männer und stellte Betrachtungen an über das erbärmliche Dasein des schwangeren Weibes. Sie schloß gewöhnlich mit dem resignierten Vorsatz, sich das Leben nehmen zu wollen.

Pitter wurde während solcher Szenen sentimental, umarmte seine nörgelnde Frau und versprach ihr das Blaue vom Himmel herab. Dann war Else ihrerseits auch nicht so hartgesotten, daß sie noch weiter hätte schmollen können. Solche Stimmungswechsel kamen bei der jungen Frau zuletzt so oft vor, daß der Pitter sie hinnahm, wie das eingerittene Pferd die Trense.

Darüber ging der Sommer zu Ende. Schon nahte der Winter, als Pitter endlich wieder in Arbeit stand. Mit beiden Füßen sprang er hinein. Es war zwar nur ein kleiner Bau, aber immerhin Arbeit. Man hätte dem Pitter jetzt ruhig ein kleines Vermögen schenken können, er würde dann trotzalledem nicht auf die Arbeit verzichtet haben. Arbeit war ein Teil seiner selbst, es gehörte zu seiner Konstitution Ohne ein Vermögen konnte Pitter leben, ohne Arbeit nicht. Ohne Arbeit war er sich immer vorgekommen wie ein halber, nutzloser Mensch.

Deshalb freute er sich auch jetzt aufrichtig, wenn er, das Brett mit den Steinen auf der Schulter, hinunter in die Baugrube stieg. Das klappte wie geschmiert. Der Sockel wuchs sozusagen über Nacht empor. Die Kellerdecke erstand mit der Geschwindigkeit rationalisierungswütiger Unternehmer. Der erste Stock kam nach und dann der zweite.

Den letzten Tag vor Weihnachten sagte der Meister morgens früh: „Wir wollen sehen, daß wir die paar Mittelwände heute noch hochkriegen!" Keiner erwiderte darauf einen Ton. Die besagten Mittelwände hätten bei menschenwürdiger Arbeit mindestens einen Tag in Anspruch genommen. Der Unternehmer verlangte das in einem halben Tag. Und man wußte, daß er sogar überarbeiten ließ, wenn die Mauern nicht bis Feierabend — also bis Mittag — fertig werden würden. Eine verdammt unangenehme Voraussicht vor dem Weihnachsfest. Die Arbeit begann. Schimpfend, aber daß es der Unternehmer nicht hörte, gingen die Maurer auf den Bau. Statt nun länger zu arbeiten, wie es sich gehörte, begannen sie wie die Tollen darauflos zu schuften. Und der Unternehmer lief wie ein Spürhund, der eine Fährte aufgenommen hat, auf der Baustelle umher, die Handlanger mit einem unverständlichen Grunzen zu schnellerer Bewegung anfeuernd. Feiner Schnee rieselte leicht herab zur Erde, wo er sich allsogleich in Wasser auflöste und dann in kleinen Bächen und Rinnsalen das Weite suchte. Es war ein richtiges Wetter, um die schlechte Laune der Leute noch mehr zu beeinträchtigen.

„Steine! Speis!" schrien die Maurer wütend vom Bau herunter. „Steine! Speis!" echote der Polier, ein langer, hagerer Kerl, dem es selbst nicht behagte, daß der Krauter sich da unten herumtrieb.

Der Aerger der Maurer übertrug sich sinngemäß auf die Handlanger. Sie waren jetzt einzig und allein der leidende Teil. Sie konnten jetzt springen, daß ihnen die Zunge vorm Halse hing. Und der Unternehmer stand dabei und sah ihnen zu. Sein rotes Gesicht war vom vielen Trinken aufgedunsen und der weiße Kragen drückte das schwammige Halsfett in dicken Falten hoch.

Pitter sah ihn da stehen, die Hände tief vergraben in den Manteltaschen. Er hörte wieder das ekelhafte Grunzen, das auffällig an ein im Kot wühlendes Schwein erinnerte, und das bei manchem seiner Kollegen ein anzügliches Grinsen auf das Gesicht spielte. Pitter selbst haßte dieses verfluchte Grunzen, es ging ihm auf die Nerven. Er haßte auch den Unternehmer, der da so breitspurig und behäbig hinter ihm stand. Ihm stieg das Blut zum Kopfe, sobald er die schweinerne Ausdrucksweise hörte. Ha, dachte er dann, das wäre ein Vergnügen, dem die dicke Fresse vollschlagen zu dürfen! Immer mehr spintisierte sich

„Buuums" macht es unten. Dann eine komische, unberechenbare Stille...

Pitter in eine unaussprechliche Wut hinein. Er begann zu laufen, nicht weil er Angst hatte, wegen ungenügender Arbeitsleistung hinausgeworfen zu werden, auch nicht die persönliche Angst vor dem dickwanstigen Unternehmer war es, die ihn so laufen machte. Es war schon mehr Nervosität, die ihn unbewußt zu schneller Arbeit trieb. Aber diese Nervosität hätte sich bei dem geringsten Anstoß von seiten des Unternehmers auch auf diesen in Gestalt einer tüchtigen Abreibung übertragen können. Der Pitter fürchtete nicht Hölle noch Teufel, viel weniger diesen ekelhaften Dickwanst.

Der Meister freute sich natürlich, daß da so ein dummer Handlanger für zwei arbeitete, und störte sich nicht an Pitters Gedanken, weil er sie nicht erraten konnte. Und Pitter lud das Brett: eins, zwei, drei, vier und so weiter. Die Steine reihten sich ganz von selbst und wurden zu einer bindenden Mauer, die er hinauftragen mußte: Zug auf Zug, ein Brett nach dem anderen. Oben fragte ihn dann wohl hin und wieder der Polier: „Ist der Idiot noch da?" Oder: „Was macht der Blödmann da unten?" Und Pitter ahmte dann das Grunzen des Krauters nach: „Rcchh, rcchh." Der Polier feixte, die Maurer grinsten und Pitter ging wieder hinunter.

„Klapp, klapp, klapp!" flogen die Steine auf das Brett. Pitter dachte an seine Frau; der Unternehmer war für kurze Zeit in der Kneipe an der nächsten Straßenecke verschwunden. „Vielleicht ist es ein Junge," dachte Pitter, und lachte vergnügt in sich hinein. Früh am Morgen schon war einmal die Hebamme dagewesen. Die hatte gesagt, es hätte noch Zeit bis heut abend. Also hoffte Pitter ganz bestimmt, heute noch Vater zu werden. Er dachte nicht daran, daß seine Frau dabei etwa draufgehen könne, er dachte nur an das Glück, und malte sich die Freude aus, wenn er morgen früh das Kind unter dem strahlenden Tannenbaum in den Armen wiegen würde. Und da sah er es wahrhaftig schon an der Brust seiner Else liegen. „Ein Junge ist es!" sagte die Hebamme. „Und Pitter soll er heißen!" erwiderte leise darauf die glückliche Mutter.

„Rcchh, rcchh!" machte es auf einmal neben Pitter. Das war der Meister, den die Unruhe wieder auf die Baustelle getrieben hatte.

Keuchend kraxelte Pitter die Leiter hinan, die unter ihm in allen Fugen und Tonarten krachte.

Kurz vor Feierabend, die Mittelwände waren nebenbei gesagt bis auf einige Schichten fertiggestellt, kam der Unternehmer grunzend an Pitter vorbei. Das sollte heißen: „Mach ein bißchen dalli, damit du deinen Kollegen beim Aufräumen helfen kannst!" Der Krauter übersah noch einmal mit seinen Schweinsaugen die Umgebung, rieb sich die Hände, ein Zeichen, daß er so ziemlich zufrieden sei und ging dann lakschend hinüber nach der ominösen Straßenecke, die eine besondere Anziehungskraft auf ihn auszuüben schien.

Noch fünf Minuten bis Feierabend. Pitter lud das letzte Brett. „Steine!" schrie einer von da oben. „Klotzkopp!" erwiderte Pitter prompt, „siehst doch, daß ich schon unterwegs bin!"

„Pf, pf," keuchte Pitter die Leiter hinan. Der allmählich dichter fallende Schnee wirbelte bis ins Treppenhaus.

„Gott sei Dank," denkt Pitter, als er oben anlangt und das linke Bein auf die Abdeckung setzt. Er will das rechte Bein nachziehen, läßt deshalb die Leiter fahren und schon rutscht er aus. „Bum, bum, ummumum" kollern die Steine von seiner Schulter hinterwärts aufs Podest. Pitter hat nur noch den einen Gedanken: „Mein Kind!" und stürzt rücklings, vergebens die Hände nach einem Halt in die Luft krallend, den Steinen nach. „Buuums," macht es unten. Dann eine komische, unberechenbare Stille. Die Maurer springen schreiend von den Gerüsten. Die Handlanger kommen ebenfalls schreiend von unten nach oben gelaufen. Ein wüstes Durcheinanderrufen nach Arzt, Verbandkasten und Krankenwagen. Auf dem Podest scharen sich die Maurer um den gestürzten Kollegen. Man fragt, man befühlt ihn; man ruft ihn beim Namen. Doch Pitter gibt keine Anwort. Er regt sich nicht, gibt keinen Laut von sich. „Ist er tot?" fragt einer von hinten, der den Abgestürzten nicht sehen kann. Sein Puls geht aber noch. Einer von den Arbeitersamaritern macht sich um Pitter zu schaffen. „Tot ist er nicht," sagt der, „aber ich weiß nicht . . ." Er läßt den Satz unvollendet.

Armer Kerl, denken die meisten der Kollegen. Da hat er sich so auf Weihnachten gefreut, hat sich so auf das Kind gefreut, dem er sogar einen Tannenbaum fertig gemacht hat, und nun so!

Man trägt den Pitter hinunter in die Baubude. Der angerufene Arzt ist indessen angekommen und untersucht gewissenhaft den armen Pitter.

„Feierabend!" ruft der Polier. Ein schöner Feierabend für den Pitter, für seine Frau und für das kommende Kind.

Als man Pitter in die Baubude trug, kam eine Nachbarin gelaufen und stellt den erstbesten Mann: „Herr Dorb möchte sofort nach Hause kommen!" Und als dann die Nachbarsfrau den leblosen Pitter sieht, schreit sie erschreckt auf und hält sich zugleich eine Hand vor den Mund, als wenn sie sich auf einer Unbotmäßigkeit ertappt hätte. Die Kollegen schärfen der Frau ein, wie sie sich der Kindsbettfrau gegenüber zu verhalten habe. Sie schüttelt nur fortwährend den Kopf und bleibt sprachlos. So schnell wie sie die Beine tragen können, eilt sie nach Hause.

Die junge Frau liegt in schweren Wehen. Man sagt nicht umsonst: Das erste Kind ist das schmerzensreichste.

Frau Ott, die Nachbarin, tritt ins Zimmer und flüstert der Hebamme etwas zu. Die hebt beruhigend die rechte Hand und schiebt Frau Ott wieder hinaus. Die Hebamme muß eine Notlüge zurechtdeichseln. Sie weiß, eine ungeschminkte Nachricht könnte der Tod der Frau samt des Kindes sein.

„Ihr Mann hatte schon Feierabend gemacht," sagt sie nun leise zu der sich in Wehen windenden Frau. Sie faßt sie bei der Hand und sagt: „Vielleicht ist er einkaufen gegangen und kommt etwas später nach Hause! Sie wissen doch — Weihnachten . . .!" Die junge Frau nickt und lächelt sanft trotz der Schmerzen.

Ganz langsam schwinden ihr die Sinne. Ein Arzt kommt. Derselbe Arzt, der den Pitter behandelt hatte. Er untersucht die Frau, ein feines Lächeln stiehlt sich in sein Gesicht.

„Es wird nicht so schwer werden!" sagt er zu der Hebamme. Er sagt ihr noch mehr, worüber sich die Hebamme sichtlich freut.

Als dann der Abend so langsam hereinbricht, als das Licht angezündet wird, und als der strampelnde kleine Erdenbürger quäkend diese große unbekannte Welt begrüßte, da öffnete auch die junge Frau wieder ihre Augen. Und da sitzt der Pitter neben ihr am Bettrande und hält ihre Hand in der seinen.

Else war gar nicht erstaunt. Sie hatte ja von allem nichts gewußt. Dem Pitter hatte der Sturz nicht viel getan. Nur ein kräftiger Stuck, der dem muskelharten Mann die Sinne geraubt hatte. Unter der fürsorglichen Behandlung des Arztes war dann die Bewußtlosigkeit von ihm gewichen. Darauf war der Pitter nach Hause gegangen, als ob nichts passiert wäre.

Und nun saß er bei seiner Else, die ihm freundlich lächelnd zunickte. „Ein Junge ist es, Else!" sagte er glückstrahlend und drückte die Hand seiner Frau noch etwas fester.

Das Kindlein war da, Pitters Christkindlein, Pitters Weihnachtsgeschenk. Seine Hand zitterte, als er die Kerzen des kleinen Weihnachtsbaumes entzündete. Das war Freude. Und als dann der kleine Pitter neugierig in die kleinen, flackernden Lichtlein starrte und anfing zu krähen, da war Pitters Freude riesengroß. Er umfaßte seine Frau in demselben Glücksgefühl wie damals, als er sie zum erstenmal in den Armen gehalten hatte. „Fröhliche Weihnachten," sagte er, „fröhliche Weihnachten, Else!" „Bäh, bäh, bäh," machte der Kleine, was gewiß auch soviel wie „fröhliche Weihnachten" heißen sollte.

Artur Krachten.

## Die Kollegin.

Die junge Schauspielerin ist vom Direktor angeranzt und wegen Unpünktlichkeit zum höchsten zulässigen Strafgeld verurteilt worden.

Sie schluchzt fassungslos, weint Ströme von echten Tränen, wie das nur wahrhaft nervöse Geschöpfe tun.

In diesem Augenblick tritt eine um fünf Jahre ältere Kollegin aus der Kulisse, begleitet von dröhnendem Beifall. Ihr Anbeter, ein Herr aus der Industrie, geht auf sie zu. Begeistert sagt er: „Sie waren bezaubernd! So viel Schmiß! So viel leuchtende Jugend!"

Mit einem Schlag hört das Geschluchz auf. Die Kollegin schreitet auf den Herrn zu und knirscht käsebleich:

„Leuchtende Jugend? Wat meen' Se? Lachhaft. Die hat 'n Sohn, der is Oberst!"

# Von unserm Jungvolk

**Erfolgreiche Jugendarbeit.** Die Ziele unserer Jugendarbeit sind einheitlich, verschieden aber die Methoden, mit denen sie durchgeführt wird. Nicht in allen Baugewerkschaften kann sich die Jugendarbeit um die Bauabende gruppieren. Dort, wo die Unternehmer nicht die Ausbildung vernachlässigen, wo die Lehrlingshaltung im richtigen Verhältnis zur Arbeit steht und die Berufsschule der Wirklichkeit entsprechend lehrt, braucht keine ergänzende fachliche Ausbildung durchgeführt werden Hier muß die Jugendarbeit anders organisiert werden. Die Baugewerkschaft Bielefeld hat in ihrem Organisationsgebiet besondere Verhältnisse. Ihre Jugendarbeit ist anerkannt gut. Zunächst wird der Lehrling organisatorisch mit unserem Bund in Verbindung gebracht. Das geschieht ohne größere Schwierigkeiten gleich nach Eintritt in die Lehre mit Hilfe eines gut ausgebauten Baudelegiertenwesens. Spätestens in der sechsten Woche nach Beginn der Lehrzeit hat der Baudelegierte den Lehrling organisiert. In den wenigen Fällen, wo die Baudelegierten nicht mit den Lehrlingen zusammenkommen, besorgt sich die Baugewerkschaft die Anschriften der Lehrlinge und besucht sie in der Wohnung der Eltern. Das Ergebnis ist, daß im Gebiet der Bielefelder Baugewerkschaft bis auf 21 Lehrlinge, die in den bekannten Bodelschwinghschen Anstalten beschäftigt und christlich organisiert sind, jeder Maurerlehrling Bundesmitglied ist. — Nach der Aufnahme wird jedem Lehrling eine Fragekarte zugestellt, mit der die Anschriften der Lehrmeister, Beginn und Dauer der Lehre, die Art des Lehrvertrages, die Höhe der Entlohnung und die Anzahl der im Lehrbetrieb beschäftigten unorganisierten Lehrlinge erfragt werden. So ist die Baugewerkschaft über die Lehrverhältnisse informiert und kann im Bedarfsfalle sofort eingreifen. Gleich nach der Aufnahme in den Bund wird den Lehrlingen das, was bei den Lehrverträgen zu beachten ist, durch Handzettel mitgeteilt. Noch vor der Unterzeichnung durch den gesetzlichen Vertreter zieht dann die Baugewerkschaft die Lehrverträge ein und kontrolliert sie auf ungesetzliche und tarifwidrige Bestimmungen. Werden unzulässige oder ungünstige Formulierungen gefunden, so wird mit den Unternehmern sowie den Eltern der Lehrlinge wegen Streichung der Bestimmungen oder Nichtunterzeichnung des Lehrvertrages verhandelt. Im zweiten und dritten Lehrjahr wird wieder bei dem Lehrling schriftlich nach der Höhe der Entlohnung, den Ferien und nach andern Ereignissen gefragt. Die Anfragen bringen jeden Jugendkollegen nach und nach in ein festes Vertrauensverhältnis zum Bunde. Kurz vor Beendigung der Lehrzeit informiert die Baugewerkschaftsleitung den Lehrling über die Gesellenprüfung und über den zu beanspruchenden Lohn. Dem Hilfskassierer wird sodann mitgeteilt, wer die Lehre beendet und welchen Beitrag der Betreffende zu zahlen hat. Bei Differenzen mit dem Unternehmer oder der Innung wird der Jugendkollege ins Büro gebeten. — So lernt die Leitung der Baugewerkschaft den Lehrling sehr gut kennen. Sie weiß auch, wer von ihnen Gewerkschaftsarbeit leisten kann. In den Außenzahlstellen der Bielefelder Baugewerkschaft sind Lehrlinge als Hilfskassierer tätig. — Da Bauabende nicht abgehalten werden, sind besondere Jugendzusammenkünfte seltener. Ein wesentlicher Teil der gewerkschaftlichen Jugendarbeit wird in den Zahlstellenversammlungen geleistet. So lernen die älteren Kollegen immer mehr Sinn und Zweck der Jugendarbeit kennen und die Jugendkollegen gewöhnen sich an gemeinsame Gewerkschaftsarbeit mit den erwachsenen Kollegen. Sehr häufig werden Besichtigungs- und Wanderfahrten veranstaltet. Sie ermöglichen einen wirkungsvollen Anschauungsunterricht, lassen den Jugendfrohsinn austoben und führen die jungen Menschen menschlich einander näher. — So arbeitet die Bielefelder Baugewerkschaft. Gewiß lassen sich diese Arbeitsmethoden nicht überall anwenden. Wo aber die örtlichen Verhältnisse ähnlich gestaltet sind und die Jugendarbeit nicht recht vorwärts geht, sollte man einmal die Methoden beachten, mit denen die Baugewerkschaft Bielefeld so erfolgreich arbeitet.

P. Schlüter, Bielefeld.

# Aus der Sozialgesetzgebung

## Ist die Arbeitslosenunterstützung pfändbar?

Obgleich das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenunterstützung in seinem § 111 bestimmt, daß die Arbeitslosenunterstützung nicht der Pfändung unterworfen ist, liegen die Dinge in der Praxis nicht so einfach und geben zu mancherlei Zweifeln Anlaß. Wie bereits erwähnt, bestimmt das Gesetz ausdrücklich und grundsätzlich, daß die Arbeitslosenunterstützung nicht pfändbar ist. Dies gilt stets, auch wenn es sich um rückständige Unterhaltsbeiträge (Alimente usw.) handelt. In der Begründung zum Gesetz heißt es zu dieser Bestimmung: „Die Arbeitslosenunterstützung wird in der Regel die einzige Einnahme des Arbeitslosen darstellen. Da es sich bei der Unterstützung durchweg nur um Bruchteile des Arbeitsverdienstes handelt, erscheint es angebracht, sie ganz für unpfändbar zu erklären und nicht nur, wie dies für Lohn- und Gehaltsansprüche vorgeschrieben ist, zu einem bestimmten Teil." Obgleich es im Gesetz nicht ausdrücklich hervorgehoben ist, so ist nicht nur die Arbeitslosenunterstützung unpfändbar, sondern auch die Krisenunterstützung. Das gleiche gilt auch für die Kurzarbeiterunterstützung. Erhalten Pflichtarbeiter (jugendliche Arbeitslose unter 21 Jahren, bei denen die Unterstützungsgewährung von einer Arbeitsleistung abhängig ist) für Mehraufwendungen, die sie wegen der Arbeitsleistung haben, besondere Entschädigungen, so sind auch diese der Pfändung nicht unterworfen. Die übrigen etwa gewährten Leistungen der Arbeitslosenversicherung (Reisekosten Arbeitsausrüstung, Anlernzuschüsse usw.) sind ebenfalls unpfändbar. Es geschieht dies aus dem Grunde, da diese Leistungen zu einem gewissen Zweck gewährt werden. Dieser könnte dann nicht erfüllt werden, wenn die Bezüge gepfändet werden. Die Unpfändbarkeit all dieser Unterstützungen und Bezüge zieht nun noch weitere Folgerungen nach sich. So können sie nicht aufgerechnet werden auf Forderungen, die das Arbeitsamt etwa an den Bezieher hat. (Eine Ausnahme machen hier die verhängten Ordnungsstrafen.) Weiter dürfen die Unterstützungen usw., die der Arbeitslose vom Arbeitsamt erhält, an keinen Dritten abgetreten werden. Auch die Bestellung eines Nießbrauches ist nicht möglich. Darüber hinaus ist es auch dem Arbeitslosen verboten, seine Unterstützung oder eine der oben angegebenen Bezüge zu verpfänden. — Unter gewissen Umständen ist eine Pfändung jedoch möglich. Es ist dies dann der Fall, wenn der erkrankte Arbeitslose an Stelle der Arbeitslosenunterstützung Krankengeld erhält. Dies Krankengeld ist nach den näheren Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung in Verbindung mit den Vorschriften der Zivilprozeßordnung unter gewissen Voraussetzungen pfändbar. (Nach einer unlängst ergangenen Entscheidung ist Krankengeld sogar unbeschränkt pfändbar.) Es ist dies namentlich dann der Fall, wenn es sich um restliche Unterhaltsbeiträge handelt. Diese Pfändungen von Krankengeld kommen in der Praxis sogar ziemlich häufig vor. Werden Arbeitslose als Notstandsarbeiter beschäftigt, so ist das Pfändungsverbot ebenfalls aufgehoben. Die Beschäftigung als Notstandsarbeiter steht in dieser Beziehung (und auch noch in mancher anderen) einem freien Beschäftigungsverhältnis gleich. Der Lohn eines Notstandsarbeiters unterliegt den Bestimmungen der Verordnungen über die Lohnpfändung. Er ist demnach — wenn auch unter Einschränkungen — pfändbar. Auf Grund

Unfallverhütungsbild G. m. b. G., Berlin W 9, beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften.

dieser Rechtslage sind demnach Krankengeld und Lohn des Notstandsarbeiters nicht nur pfändbar, sie können unter Umständen auch verpfändet und aufgerechnet werden.

## Kniegelenksvereiterung, durch Arbeit mit Preßluftwerkzeugen verursacht, als Berufskrankheit.

Der Kläger wurde durch Urteil des Reichsversicherungsamts vom 22. Oktober 1924 (Ia 899/24) mit seinem Anspruch auf Entschädigung rechtskräftig abgewiesen. Der Senat hatte sich damals nicht davon überzeugen können, daß die rechtsseitige Kniegelenkvereiterung, die zur Absetzung des Beines im unteren Drittel des Oberschenkels geführt hatte, durch ein als Betriebsunfall anzusehendes Ereignis — Verletzung durch Hammerschlag oder Hautwunde mit nachfolgender Infektion — verursacht worden sei. Im Urteil wurde hervorgehoben, daß das Vorliegen einer Gewebeerkrankung wahrscheinlicher ist. Der Kläger hat dann auf Grund der Verordnung vom 11. Februar 1929 Anspruch auf Entschädigung erhoben, und es war zu entscheiden, ob er sich durch die Arbeit mit Preßluftwerkzeugen eine Erkrankung der Muskeln, Knochen und Gelenke im Sinne von Nr. 14 der Anlage zur vorerwähnten Verordnung zugezogen hat. Es ist unstreitig, daß die Erkrankung des rechten Beines auf die Arbeit mit Preßluftwerkzeugen zurückzuführen ist. Dagegen ist streitig, ob eine Erkrankung der Muskeln, Knochen oder Gelenke durch den Bohrhammer, mit dem der Kläger seine Arbeit verrichten mußte, entstanden sei. Die Berufsgenossenschaft lehnt den Anspruch ab. Sie ist der Auffassung, daß primär eine Erkrankung des Schleimbeutels vor dem Kniegelenk durch den Bohrhammer entstanden ist und daß von dem Schleimbeutel aus eine Vereiterung des Kniegelenks eingetreten sei. Sie wendet weiter ein, daß der Schleimbeutel nicht zum Kniegelenk gehöre oder Bestandteil des Kniegelenks sei. Die Beklagte bestreitet deshalb, daß primär eine Gelenkerkrankung vorgelegen habe, die zu entschädigen ist. Der Senat betont in seiner Entscheidung, daß es allerdings schwer sein würde, den Nachweis einer Berufskrankheit zu erbringen, wenn der Ausgangspunkt der Beklagten richtig wäre, denn die mittelbare Folge einer Erkrankung kann nur dann entschädigt werden, wenn die Krankheit selbst unter die Verordnung fällt. An diesem Erfordernis würde es aber fehlen, weil der Schleimbeutel wohl nicht als Bestandteil des Kniegelenks anzusehen ist, und es kann auch dahingestellt bleiben, ob er etwa ein wesentlicher Bestandteil des Muskelapparates ist. Der Annahme der Beklagten hat sich der Senat aber nicht anschließen können. Er hat vielmehr angenommen, daß die Befundberichte der erstbehandelnden Aerzte im vorliegenden Fall maßgebend sein müssen. Es kommt hinzu, daß nach den vom Technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaft bestätigten Angaben des Klägers der Bohrhammer oberhalb des Knies aufgesetzt wird, der Schleimbeutel sich aber unterhalb des Kniegelenks befindet. Es ist demnach wahrscheinlich, daß die Gelenkserkrankung das Primäre war. Bei dieser Sachlage schien es dem Senat geboten, die Beklagte zur Entschädigung zu verpflichten (Urteil des RVA. vom 24. Juni 1930, Bk. 100/29, E. u. M. des RVA. Band 27 S. 505.)

# Aus den Bezirksverbänden

**Bezirksverband Erfurt.** (Gründung eines neuen „Arbeitgeber"verbandes.) Das kleine Thüringen ist um einen sogenannten Arbeitgeberverband reicher geworden. Unter eigenartigen Umständen hat dies Gebilde das Licht der Welt erblickt. Sein Vater ist der allgemein rühmlichst bekannte Arbeiterfeind Dr. Neuhoff, Weimar, Syndikus des Verbandes der Thüringer Sägewerksindustrie. Nachdem Dr. Neuhoff im Bunde mit der thüringischen Regierung, den Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern die Allgemeinverbindlicherklärung der Thüringer Bezirksverträge im Baugewerbe hintertrieben hat, wächst sein Hochmut ungeheuer. Immer mehr schälen sich die Gründe heraus, die den Thüringer Sägewerksverband veranlaßten, Einsprüche selbst sonderbarster Art gegen die Allgemeinverbindlicherklärung der Bauarbeiterlöhne zu erheben. Es waren keine allgemeinen Interessen, sondern rein persönliche Dr. Neuhoffs; nämlich sich Beitragszahler für seine Existenz zu sichern und eine Sonderorganisation der Unternehmer im Baugewerbe ins Leben zu rufen. Um dieser Sonderorganisation einen Wirkungskreis zu geben, deshalb durfte es keine Allgemeinverbindlicherklärung geben! Daher die eigentümlichsten Begründungen, die zwar oftmals mit der Wahrheit im schroffsten Widerspruch standen, aber vom Reichsarbeitsministerium — es kam ja von den Unternehmern — anerkannt wurden. Nachdem dieser Syndizi monatelang an einen großen Teil Thüringer Baubetriebe Rundschreiben sandte mit dem Hinweis: „Wer nicht im Thüringer Bezirksarbeitgeberverband des Baugewerbes, Sitz Erfurt, ist, braucht keinen Tariflohn zu zahlen", hatte er den Boden für die Gründung seiner Sonderorganisation bearbeitet und versucht, Ortsgruppen des Thüringer Bezirksarbeitgeberverbandes zu sich herüberzuziehen. Diese sonderbare Agitationsmethode hat manches mit den Methoden der RGO. gemein, auch bei den Unternehmern kann es jeder besser. Am 11. Januar ist nun der große Wurf gelungen, nachdem er sich an einen Teil Thüringer Baugeschäfte mit dieser vertraulichen Einladung gewendet hatte: „Nachdem die Ausschaltung der Tariflöhne für das Baugewerbe im Wirtschaftsgebiet Thüringen in erheblichem Umfange vorliegt, und nachdem die Vorarbeiten für die Absonderung von der Tarifpolitik der seither in Frage kommenden Tarifparteien vornehmlich in den mittleren und kleinen Orten Thüringens trotz des Widerstandes der Gewerkschaften durchgeführt worden ist, macht es sich erforderlich, in Ansehung des am 31. März 1931 ablaufenden Lohnabkommens, eine von einheitlichen Grundsätzen beeinflußte Lohnbasis aufzustellen, deren Einführung in den ersten drei Monaten des neuen Jahres unerläßlich erscheint, um für die Bautätigkeit des Frühjahrs und Sommers 1931 eine auf weitere Belebung der Bautätigkeit abgestellte Lohngrundlage zu erreichen. — Es wird auch erforderlich sein, im Kreise der in Betracht kommenden Unternehmer des Bau- und Zimmerergewerbes und verwandte Berufe eine eingehende Aussprache darüber stattfinden zu lassen, in welcher Form die Arbeitgeberschaft den zu erwartenden Lohnverhandlungen im Baugewerbe mit Erfolg gegenüberstreten kann. Es wird insonderheit Klarheit darüber zu schaffen sein, ob und unter welchem Umfange sich die Arbeitgeberschaft des Bau- und Zimmerergewerbes innerhalb der oben bezeichneten Gebietsteile zu einer Organisation zusammenschließen soll, um die Lohnpolitik im thüringischen Baugewerbe maßgeblich beeinflussen zu können. — Im Einverständnis mit den Unternehmern des Bau- und Zimmerergewerbes des südlichen Thüringens und der angrenzenden Gebiete ladet Sie deshalb der Unterzeichnete zu einer Versammlung . . . mittags mit der Bitte um Ihr pünktliches Erscheinen ein. — Der Unterzeichnete bittet Sie, im Kreise Ihrer Berufskollegen für die weitere Teilnahme an dieser Versammlung zu werben und die Versammlung insofern als vertraulich zu behandeln, als es sich um eine interne Aussprache der in Betracht kommenden Arbeitgeberschaft handelt Der Unterzeichnete wird über den derzeitigen Stand der Lohnfrage im Bau- und Zimmerergewerbe in Thüringen eingehend Aufschluß erteilen, ebenso über die Rechtslage in bezug auf die Bindung der Arbeitgeber des Baugewerbes und der mit dem Baugewerbe verwandten Berufe." — Groß war allerdings der Besuch der Gründungsversammlung nicht. Außer den bekannten Meininger Scharfmachern mit dem bekannten „Roten Ober" an der Spitze, einigen bekannten Unternehmern aus Suhl, Zella, Salzungen — von denen sich ein paar auf dem Nachhauseweg recht lustig machten über den neuen Sägespänedoktor — war niemand erschienen. Aber Mut zeigte diese Gründungsversammlung. Sie beschloß, von den Tariflöhnen des Thüringer Baugewerbes einen 15prozentigen Lohnabbau vorzunehmen. Was konnte man auch in der Glühweinstimmung im Schützenkasino in Meiningen anderes erwarten! Uebrigens ist Lohnabbau modern und ministeriellerseits befohlen. — Nach Ansicht dieser Unternehmer soll der Lohn im Bereich des „Südthüringer Unternehmerverbandes des Baugewerbes" in den vier Lohnklassen nur noch betragen: für Maurer und Zimmerer 95, 90, 85 und 80 ₰; für Bauhilfsarbeiter 78, 74, 70 und 66 ₰. Welche Lohnsätze für die Sonderklasse, die Lohnklassen I und IV in Betracht kommen, soll noch geprüft und vom großen Duce aus Weimar festgelegt werden. Heil Hitler! Auf die Verdrehungen, Unwahrheiten, Aufbauschungen, Ueberhebungen des Einladungsschreibens einzugehen, erübrigt sich. Das ganze Getue, die Besorgnis, ja die ganze Sache vertraulich und nochmals vertraulich zu behandeln, zeigt am besten den ganzen unwahren Schmus, berechnet auf Gimpelfang. Trotz aller Vertraulichkeit blieb der Streich Neuhoffs aus Weimar nicht vertraulich. Der Baugewerksbund wird sich des neuen Gebildes liebevoll annehmen. — Bundeskollegen in Südthüringen, im Werratal und angrenzenden Gebieten! Ihr kennt die 60 Pfennigslöhne der Thüringer Sägewerksindustrie. Es sind Elendslöhne der schlimmsten Art, und diese — das ist die Absicht des sogenannten Südthüringer Arbeitgeberverbandes des Baugewerbes — sollen auf euch übertragen werden. Mitglieder der Baugewerkschaften Eisenach, Salzungen, Meiningen, Sonneberg, Steinach! Seid auf dem Posten; haltet Wacht über die tariflichen Verhältnisse eurer Gebiete! Werbt auch in den Wintermonaten für unsern Bund, damit die Neuhoffschen Pläne keine Wirklichkeit werden!

## Aus den Baugewerkschaften

**Altötting.** Unsere Generalversammlung am 11. Januar war nur mäßig besucht. Den Kassen- und Jahresbericht gab Kollege Buchmeier, ihm wurde Entlastung erteilt. Die Bautätigkeit war im Berichtsjahr miserabel. Besonders machten uns die Landmaurer viel zu schaffen, damit auch sie die Linie des Tarifvertrages innehalten. Sehr viele Kollegen haben nicht die Anwartschaft zur Arbeitslosenunterstützung erreicht. Hinsichtlich des Bauarbeiterschutzes mußten wir in sechs Fällen eingreifen. — Im Anschluß an den Bericht hielt unser Bezirksleiter, Kollege Dobler, einen Vortrag, in dem er einen Rückblick und Ausblick über die Bauarbeiterkämpfe gab. Der Vorsitzende gedachte darauf der drei Jubilare, die nunmehr auf eine 25jährige Mitgliedschaft zurückblicken können. Bis auf den Schriftführer wurden alle bisherigen Vorstandsmitglieder wiedergewählt. Schriftführer wurde Kollege Wimmer.

**Duderstadt** (Zahlstelle Nesselröden). In unserer Versammlung am 18. Januar gab der Vorsitzende unserer Baugewerkschaft, Wedemeyer, einen kurzen Bericht von der Generalversammlung der Baugewerkschaft. Außerdem sprach Borchard über Wohlfahrtsangelegenheiten und Erwerbslosenfragen. Die Versammlung stimmte den Ausführungen sowie auch der Wahl des neuen Baugewerkschaftsvorstandes zu. In der Aussprache äußerte ein Kollege vom Dachdeckerverband, daß die Zeit gekommen sei, wo der Dachdeckerverband zum Baugewerksbund übertreten müsse.

**Eisenberg i. Thür.** Die in der Jahresversammlung gegebenen Bericht des Vorsitzenden und des Kassierers fanden Zustimmung. Auch hier litten die Kollegen sehr unter der Wirtschaftskrise. Erst im Mai des Berichtsjahres belebte sich der Baumarkt, wäre aber schon im Sommer wieder völlig zum Erliegen gekommen, wenn nicht die Gemeinnützige Baugenossenschaft es fertiggebracht hätte, einen Block von 27 Wohnungen zu errichten. So erstreckte sich die Arbeitsmöglichkeit doch immerhin auf drei Monate. Trotzdem die Bauarbeiter jetzt in die Krisenfürsorge einbezogen sind, fällt doch noch ein recht beträchtlicher Teil der Gemeinde zur Last. Alle Baugewerkschafts-Vorstandsmitglieder wurden einstimmig wiedergewählt. Das beweist die Zufriedenheit der Mitgliedschaft mit ihrer Arbeit. Unser Organisationsverhältnis ist gut. Es ist fast alles organisiert. 40 % der Mitgliedschaft gehört dem Bund bereits 25 Jahre und länger an.

**Erding.** Am 6. Januar hielt unsere Baugewerkschaft ihre Generalversammlung ab. Kollege Tauber gab den Jahresbericht. Die Bautätigkeit war sehr flau. Viele Kollegen kamen erst Ende Mai oder Anfang Juni in Arbeit. Die Wirtschaftskrise benutzten die Unternehmer dazu, den Lohn zu drücken, indem sie die Zahlung des Tariflohnes verweigerten. Durch Klagen beim Arbeitsgericht wurden etwa 3000 M Lohn herausgeholt. Der Baugewerkschaftsvorstand wurde mit Ausnahme eines Kollegen, der freiwillig ausschied, einstimmig wiedergewählt. — Tauber gab dann noch einen kurzen Rückblick über seine 20jährige Tätigkeit als Vorsitzender der Baugewerkschaft und forderte die Kollegen auf, ihre Kräfte auch weiterhin in den Dienst des Bundes zu stellen.

**Liegnitz.** (Jahresbericht.) Die allgemeine Wirtschaftskrise wirkte sich in allen Gebieten unserer Baugewerkschaft um so verhängnisvoller aus, weil die Jahre der Hochkonjunktur 1927/28 einen Zustrom nach Liegnitz gebracht haben, der nicht einmal von einer normalen, geschweige denn von einer in einer Krise befindlichen Bauwirtschaft aufgenommen werden kann. Ein kleinerer Teil unserer Kollegen, darunter auch gelernte, konnte überhaupt keine Arbeit bekommen und der größere Teil nur so kurzfristig, daß er nicht einmal die Anwartschaft in der Arbeitslosenversicherung erwarb und nun auf Fürsorgeunterstützung angewiesen ist. Wie die Verhältnisse sich in unserer Baugewerkschaft ausgewirkt haben, geht deutlich aus dem Umsatz unserer Arbeitslosenmarken hervor. 1928 wurden 29 000, 1929: 36 000 und 1930: 54 000 Arbeitslosenmarken umgesetzt, das ist gegenüber 1928 ein Mehr von 25 000. Achtstundentag und Tariflohn haben wir hochgehalten. Ob dies aber möglich gewesen wäre ohne unsere verbindlichen Tarifverträge, ist stark zu bezweifeln. Durch Klagen bei den Arbeitsgerichten sind für 58 Kollegen insgesamt 5870 M rückständigen Lohnes herausgeholt worden. Leider waren 1000 M davon nicht einzutreiben. Die mit Erfolg ausgeklagte Summe erhöht sich noch um ein beträchtliches, wenn man berücksichtigt, was durch persönliche Verhandlungen noch herausgeholt worden ist. Den Bestrebungen der Unternehmer, sich der Lehrverträge durch Entlassung zu entledigen, sind wir in fünf Fällen durch Verhandlung mit dem Innungsschiedsgericht mit Erfolg entgegengetreten. Wir konnten entweder weitere Beschäftigung durchsetzen, oder es wurde für die Lehrlinge eine andere Lehrstelle beschafft. Mit der Innung und Handelskammer haben wir vereinbart, daß im laufenden Jahr, bevor Lehrlinge eingestellt werden, zunächst die noch feiernden Lehrlinge eingestellt werden. Wir haben ferner die Krankenversicherungspflicht der Lehrlinge durch die Unternehmer während ihrer Feierzeit durchgesetzt. Durch den Ortsausschuß des ADGB. sind weitere 11 Klagen aus der RVO. und 27 Klagen aus der Arbeitslosenversicherung durchgeführt worden. Ferien haben im Berichtsjahr einschließlich der Lehrlinge nur 235 Kollegen bekommen, gegenüber 744 im Jahre 1929. Erlitten wir infolge der schlechten Bautätigkeit und der maschinellen Entwicklung im Baugewerbe bei den Verhandlungen um die Trägerlöhne eine Schlappe, so gelang es andererseits doch, für die Ofensetzer erfolgreich einen Tarifvertrag für Fliesenarbeiten abzuschließen. Es ist unsere Aufgabe, in diesen Tarifvertrag auch die fliesenarbeitenausführenden baugewerblichen Unternehmer einzubeziehen. Für jede Fliesenarbeit, auch wenn sie von Maurern ausgeführt wird, ist der Tariflohn für Fliesenarbeiten zu fordern. — Etwas günstiger war die Lage der Ofenformer, da diese Gewerbegruppe mit ihrem Absatz nicht allein auf Liegnitz angewiesen ist. Es gelang uns, an Stelle des früheren Ortstarifs für die Hilfsarbeiter einen neuen Tarif für eine größere Vertragsbasis zu schaffen, wodurch das Ausspielen des einen Ortes gegen den anderen verhindert wird. Er hat Geltung für alle maßgebenden Fabrikationsorte Niederschlesiens. — Die Ofenformer selbst sind fast das ganze Jahr nicht aus den Verhandlungen herausgekommen. Leider wurde der Erfolg der Frühjahrslohnbewegung im Spätherbst durch einen verbindlich erklärten Schiedsspruch vom 15. Dezember wieder zunichte gemacht. Zur Zeit läßt sich dagegen nichts machen, denn die Fabrikläger sind gefüllt und die Betriebe stillgelegt. Eine Aenderung dürfte erst eintreten, wenn über die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Baugewerbe Klarheit besteht und die Arbeit in Fluß kommt. Unsere Lehrlingsarbeit hat sich gut entwickelt; auch für die Töpferjugend besteht berechtigte Hoffnung durch Heranbildung eines Jugendleiters. — Wegen der geschilderten wirtschaftlichen Verhältnisse ist es erklärlich, daß wir die Mitgliederzahl nicht halten konnten. Sie ging von 2100 auf 1977 zurück. Der Grad der Arbeitslosigkeit wird treffend gekennzeichnet durch den Umsatz an Beitragsmarken. 1929 waren es noch 59 585, 1930 nur 42 083; demnach wurden je Mitglied 21,2 Beitragsmarken abgesetzt. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug 40 125 M, die Ausgabe dagegen 54 588 M. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 23 906 M, einschließlich des Kassenbestandes 71 705 M. Unsere Berechnungen bei Anstellung eines Beitragskassierers haben sich finanziell als richtig erwiesen. Trotz erheblich höherer Kosten für die Zahlstellen ist die Ausgabe von 7823 M auf 7290 M gesunken. Erfreulicherweise ist es uns gelungen, dem Baukontrolleur polizeiliche Befugnisse zu verschaffen. Leider ließ das Baudeleglertenwesen viel zu wünschen übrig. Es muß wieder der alte Grundsatz zur Geltung gebracht werden: Jeder Baustelle ihre Betriebsvertretung!

**Plau i. M.** (25 Jahre Kassierer.) Am 18. Januar konnte unser Kassierer August Gäde auf eine 25jährige Tätigkeit als Kassierer zurückblicken. In treuer Pflichterfüllung und mit großer Sparsamkeit hat er dieses Amt verwaltet. In der aus Anlaß dieses Jubiläums veranstalteten kleinen Feier wies Kollege Rahn darauf hin, welche treue Arbeit unser August für die Baugewerkschaft Plau und damit für den Bund geleistet hat. Vom Bezirksvorstand feierte Koppermann den Jubilar als ein leuchtendes Vorbild der Treue zur Gewerkschaft. Möge es ihm vergönnt sein, noch viele Jahre in seiner Baugewerkschaft mitzuarbeiten! Zum Andenken überreichte er unserm August eine Ehrengabe. Auch wir danken an dieser Stelle dem Kollegen Gäde für treue Pflichterfüllung. Unsern jungen Kollegen aber rufen wir zu: Macht es nach!

**Ohne Pflichten keine Rechte!**

**Für die Woche vom 25. bis 31. Januar ist der 5. Bundesbeitrag für 1931 zu zahlen.**

**Querfurt.** In der Generalversammlung am 11. Januar gab Kollege Beck den Jahresbericht für 1930. Bei uns am Orte ist nur ein einziger Neubau errichtet worden. 98 Kollegen haben nicht einmal 26 Wochen gearbeitet. Die Zahl der Arbeitslosen betrug in den einzelnen Vierteljahren im Wochendurchschnitt 132, 98, 94 und 105, bei einer Mitgliederzahl von 181. Auf Ferien hat kein einziger Kollege Anspruch. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Als Vorsitzender wurde Kollege Pfeiffer gewählt, stellvertretender Vorsitzender ist Jakob; Kassierer ist Schossig, sein Stellvertreter Stange, Schriftführer ist Schröder, Revisoren sind Heinze, Kippe und Albrecht. In den Ortsausschuß des ADGB. wurden Jakob und Otto entsandt.

**Wittenberge.** In der sehr gut besuchten Generalversammlung der Zahlstelle Wittenberge am 13. Januar, wo Vorschläge zur Wahl des Baugewerkschaftsvorstandes auf der Tagesordnung stand, sind unsere Freunde von der „Opposition", die sich seit Jahren ohne Erfolg bemüht, den Vorstand mit ihren Leuten zu besetzen, auch in diesem Jahre abgerutscht. Der bisherige Vorstand wurde mit großer Mehrheit in Vorschlag gebracht und dürfte aller Voraussicht nach auch auf der Vertreterversammlung der Baugewerkschaft gewählt werden. — Kollege Fenske hielt dann einen „Vortrag". Er schwirrte in aller Herren Länder umher und versuchte zu beweisen, daß überall gestreikt wird, und nur dadurch die Lage der Arbeiter verbessert werden könnte. Es war die alte Platte, die Fenske schon seit einigen Jahren spielt. Etwas Neues hat er nicht hinzugelernt. — Kollege Röser, Berlin, sagte ihm, daß mit Wassersuppen der IAH. kein Kampf geführt werden könne und ging dann auf die Ursachen der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe ein. Röser wandte sich energisch gegen das gewerkschaftsschädigende Treiben der RGO., die auf Befehl Moskaus die Gewerkschaften zertrümmern will. Durch aussichtslose Kämpfe versuche man die Gewerkschaftseinheit zu zerstören. An der Spitze der RGO. stehen Leute, die keine Ahnung vom Gewerkschaftswesen haben. Wir werden uns nicht von Außenstehenden den Weg unseres Handelns vorschreiben lassen. Da man auch in Wittenberge versucht, die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu zerstören, sagte er den „revolutionären" Kollegen mit aller Deutlichkeit, daß der Baugewerksbund keine Zersetzungsarbeit duldet. Wühlarbeit wird er mit den schärfsten Mitteln unserer Bundessatzung bekämpfen! — Die „Opposition" versuchte zu Anfang, die Rede Rösers durch Zwischenrufe abzuschwächen. Es gelang ihr aber nicht. — Die Wittenberger Bauarbeiterschaft wird sich nicht durch einige Querulanten zersplittern lassen, sie wird sich vielmehr noch enger zusammenschließen, um im Frühjahr den Kampf gegen den Lohnabbau geschlossen aufnehmen zu können!

## Aus den Fachgruppen

### Glaser.

**Hamburg.** In der außerordentlichen Versammlung am 8. Januar sprach unser Reichsfachgruppenobmann, Kollege Gräßer, über „Wirtschaftskrise und Gewerkschaften". Unter anderem eingehend auf die in der letzten Zeit gefällten Schiedssprüche, wies Gräßer nach, daß die Arbeiterschaft weit mehr der Unternehmerwillkür preisgegeben wäre, wenn nicht die Gewerkschaften und die Tarifverträge beständen. Unsere Kollegen müssen bedeutend aktiver werden. Der Lehrlingsfrage müsse weit mehr Beachtung geschenkt werden als bisher. — In der Aussprache wurden die Ausführungen eines Kollegen, der für alles Elend auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet die Führer der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften verantwortlich machte, treffend widerlegt. — Kollege Arthur Müller berichtete dann über den Arbeitsmarkt. Nahezu 60 % der in Hamburg ansässigen Glasergehilfen sind erwerbslos. Am Ende des Monats November waren 91 Erwerbslose am Arbeitsnachweis eingetragen. Im Monat Dezember meldeten sich 53 neu hinzu. Von den insgesamt 144 Erwerbslosen wurden nur elf vermittelt. Müller berichtete ferner von der letzten Vertreterversammlung und den dort gefaßten Beschlüssen. — Kollege Szcepanski forderte alle in Arbeit stehenden Kollegen auf, regelmäßig die Solidaritätsbeiträge zu kleben.

## Allgemeine Rundschau

**Neuwahlen der Betriebsvertretungen 1931.** Die Amtsdauer der Mehrzahl der Betriebsvertretungen läuft in den Monaten März bis April 1931 ab. Die Neuwahlen der Betriebsvertretungen für das Jahr 1931 sind daher von den Ortsausschüssen des ADGB. und den Ortskartellen des AfA-Bundes in den Monaten Februar bis März 1931 gemeinsam durchzuführen. Dabei ist ein selbständiges Vorgehen der Gewerkschaften des ADGB. und eine Verständigung mit den Organisationen des AfA-Bundes nötig. Wahlabkommen mit anderen Gewerkschaftsgruppen und Organisationen sind unzulässig. Auch darf sich kein Mitglied einer dem ADGB. oder dem AfA-Bund angehörenden Gewerkschaft als Kandidat auf irgendeiner Gegenliste aufstellen lassen. Unser Mitglieder, soweit sie dem Betriebsrätegesetz unterstellt sind, mögen dies beachten. Jeder gehe zur Wahl! Jeder wähle die Liste des ADGB.! Keiner kandidiere für eine andere Liste!

**Donnerwetter, wir sind Kerle!** Die sowjetrussische „Iswestija" vom 3. Januar berichtet aus Magnitogorsk (Uralgebiet) von den Leistungen einer Bauarbeitergruppe in Rußland, Stoßdivision genannt, daß die großen Schneeverwehungen und starken Fröste die Stoßtruppe der Bauarbeiter nicht von der Arbeit abschreckten. „Am 29. Dezember forderte die Bauverwaltung in Anbetracht eines Frostes von 40 Grad (in Worten: vierzig Grad) die Arbeiter auf, die Baustelle zu verlassen. Trotzdem blieb eine ganze Reihe von Zimmerern, Betonarbeitern und anderen auf dem Bau." Da staunt der Fachmann! Man kann sich vorstellen, welche Freude unter den deutschen Ausbeutern herrschen würde, wenn auch nur bei 20 Grad weitergearbeitet werden könnte. Aber wahrscheinlich sind die deutschen Bauarbeiter von mimosenhafter Empfindlichkeit und können auch auf diesem Gebiet nicht mit den russischen Brüdern konkurrieren. — Die gleiche Nummer der „Iswestija" berichtet dann über zahlreiche Mängel und Mißstände auf den Baustellen. Von den wertvollen Verbesserungsvorschlägen sei im letzten Vierteljahr kein einziger durchgeführt worden. Die dafür verantwortlichen Ingenieure hat man dem Gericht überwiesen. Was mit den Bauausführenden, seien es Genossenschaften oder Privatunternehmer, geschehen ist, wird nicht gemeldet. Im übrigen leidet man auch in Rußland — allerdings in einem weitaus schärferen Maße — unter schlechter Bautätigkeit. Das ist zwar kein Trost für uns, aber es zeigt, daß die Schwierigkeiten einer Krise mit dem Maulwerk besser überwunden werden können als durch die Tat. Denn auf dem Papier ist Rußland das Land ohne Arbeitslosigkeit. Im Jahre 1930 sind in Moskau von 90 im Bau befindlichen Häusern mit einer Wohnfläche von 140 000 qm nur 16 mit einer Wohnfläche von 26 000 qm vollendet worden. Die „Prawda", das Organ der Sowjetregierung, bringt zum Ausdruck, es sei nicht anzunehmen, daß 1931 die Baupläne in vollem Umfange durchgeführt werden können. Diese Feststellung zeigt zur Genüge, wie gering die tatsächlichen Fortschritte im Wohnungsbau sind. Auf je eine Person kommen in Moskau jetzt 5,18 qm Wohnfläche. Man ist also auch hier noch sehr, sehr weit von einwandfreien Zuständen entfernt. 99 % aller russischen Arbeiter würden vor Ehrfurcht nicht eine der Wohnungen zu betreten wagen, wie sie in den vergangenen zehn Jahren in Deutschland hunderttausendfach in modernen, lichten und sonnigen Siedlungen errichtet worden sind.

**Deutsche Bauarbeiter in Rußland ohne Lebensmittelkarten?** Unter der Ueberschrift „Ein ungewöhnliches Beispiel behördlichen Stumpfsinns" lesen wir in der sowjetrussischen „Prawda", dem Zentralorgan der Kommunistischen Partei (9. Januar), folgendes: „Im Petrowskischen Park arbeiten auf einem Bau einige unlängst aus Deutschland eingetroffene deutsche Arbeiter. Die Deutschen haben sich zu Stoßtrupplern erklärt und unsere Leute lernen von ihnen neue Arbeitsmethoden und behandeln die ausländischen Proletarier mit großer Achtung. Dafür befinden sich aber die Deutschen außerhalb des Betriebes in einer eigentümlichen Lage. Man hat sie z. B. bisher in die Hausregister nicht eingetragen, weil — — man ihre ausländischen Pässe nicht hat entziffern können und nicht darauf gekommen ist, aus dem Institut jemand zu bitten, der der deutschen Sprache kundig ist! Noch unerhörter erscheint aber die Weigerung, den deutschen Arbeitern Bezugsbücher für Lebensmittel zu verabfolgen. „Ihr bekommt keine Bücher, solange ihr nicht einen Nachweis vorlegt, daß ihr in Deutschland aus der Arbeiterversorgung ausgeschieden worden seid!" erklärt ihnen die zuständige Behörde. In der Tat, ein empörender Bescheid! „Allerdings hat man uns", so schreibt die „Prawda", „mitgeteilt, daß der ganze Zwischenfall unverzüglich beigelegt werden wird und die deutschen Arbeiter ihre Bezugsbücher erhalten werden. Tatsächlich „erhalten" sie sie aber immer noch nicht. Ein sofortiges Eingreifen der Arbeiter- und Bauerninspektion und der Staatsanwaltschaft und eine exemplarische Bestrafung der stumpfsinnigen Bürokraten hat zu erfolgen."

**Hier ist ein Weg . . .** Der Berliner Verkehrsdezernent, Stadtrat Ernst Reuter, erhebt in den „Sozialistischen Monatsheften" die Klage, daß man auch dort nichts gegen die Arbeitslosigkeit unternimmt, wo ernsthafte Möglichkeit besteht, Arbeit zu beschaffen. „Wenn zum Beispiel die Reichsbank in Berlin seit Jahren schon daran denkt, ihre zersplitterten Büros in einem einheitlichen Gebäude zusammenzufassen, so ist nicht recht einzusehen, warum eine solche Stelle, die ihre Bauten ohne weiteres finanzieren kann, diese Arbeiten nicht jetzt im Tiefpunkt der Krise, die

durch die Abdrosselungsmaßnahmen auf dem Baumarkt noch außerordentlich verschärft worden ist, in Angriff nimmt. Es muß von allen Stellen, die das tun können, gefordert werden, daß diejenigen Arbeiten, die jetzt begonnen werden könnten, zur Erleichterung der Krisenerscheinungen sofort vorbereitet und durchgeführt werden."

**Sprachkurse.** Anfang Februar beginnen in der Sprachenschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins die neuen Anfängerkurse (Abendunterricht) für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse in folgenden Sprachen: Englisch, Russisch und Französisch. Für Teilnehmer mit Vorkenntnissen werden besondere Mittel- und Oberkurse eingerichtet. Gleichzeitig beginnt ein Kursus „Richtiges Deutsch" (Rechtschreibung und Sprachlehre). Auf Wunsch sollen ferner Tageskurse für Teilnehmer mit ungünstiger Arbeitszeit (Schichtarbeiter usw.) eingerichtet werden. Zur Deckung der Unkosten wird für einen Kursus ein Beitrag von 10 M erhoben. Erwerbslose zahlen die Hälfte. Die Lehrbücher werden in allen Kursen unentgeltlich geliefert. Die Sprachenschule befindet sich seit dem 1. Dezember im Norden Berlins, und zwar: N. 54, Rosenthaler Straße 13. Anmeldungen zu den Sprachkursen können schriftlich oder persönlich vorgenommen werden.

## Bekanntmachung des Bundesvorstandes

**Invalidenunterstützungsanträge.** Wollen dauernd erwerbsunfähige Mitglieder nach § 28 der Bundessatzung Invalidenunterstützung beantragen, so ist ihnen zu raten, damit nicht zu warten, bis der Rentenbescheid von der Versicherungsanstalt nach der RVO. vorliegt. Sobald sie die Invalidenunterstützung bei der Versicherungsanstalt beantragen, ist der Antrag auf die Invalidenunterstützung unseres Bundes auch dem Baugewerkschaftsvorstand einzureichen. Im Falle späterer Bewilligung kommen sie dann gleichzeitig mit der staatlichen Invalidenunterstützung auch in den Genuß der Invalidenunterstützung unseres Bundes; dagegen bei später gestellten Anträgen frühestens mit dem Tage, an dem der Antrag beim Bundesvorstand gestellt ist.

---

**Gestohlen** wurde dem Plattenansetzer W. Aldag, wohnhaft Harburg a. d. Elbe, geboren 7. Februar 1892, Mitglied seit dem 27. Juli 1928, sein Zeug sowie sein Bundesmitgliedsbuch Nr. 638 024.

---

**Ausgeschlossen** sind entsprechend § 16 Ziffer 2 der Bundessatzung vom Bundesvorstand: Fritz Knape, Maurer, Baugewerkschaft Aschersleben, geboren 14. März 1848 in Wilsleben, eingetreten 15. Januar 1919 (180 510); Gust. Sagebaum, Maurer, Baugewerkschaft Aschersleben, geboren 26. September 1891 in Aschersleben, eingetreten 17. Februar 1912 (180 518); Fritz Stüber, Hilfsarbeiter, Baugewerkschaft Aschersleben, geboren 21. November 1891 in Aschersleben, eingetreten 1. April 1925 (876 106); Herm. Oriel, Hilfsarbeiter, Baugewerkschaft Berlin, geboren 13. Oktober 1881 in Linde, eingetreten 3. Oktober 1925 (214 223); Ernst Isigkeit, Putzer, Baugewerkschaft Berlin, geboren 23. April 1880 in Memel, eingetreten 26. Juli 1929 (334 211); Herm. Stoffels, Hilfsarbeiter, Baugewerkschaft Düren, geboren 24. Oktober 1894 in Düren, eingetreten 7. April 1928 (496 071); Wilh. Maibach, Fliesenleger, Baugewerkschaft Duisburg, geboren 10. Mai 1899, eingetreten 31. Januar 1915 (288 884); Hans Neupert, Maurer, Baugewerkschaft Hof a. d. Saale, geboren 27. September 1897 in Röthenbach, eingetreten 16. November 1925 (215 535); Wilhelm Borowsky, Hilfsarbeiter, Baugewerkschaft Insterburg, geboren 22. April 1899 in Insterburg, eingetreten 3. November 1924 (773 677); Otto Zimmerninck, Hilfsarbeiter, Baugewerkschaft Insterburg, geboren 1. Oktober 1885 in Muldzel, eingetreten 11. Januar 1914 (104 047); Hans Krüger, Maurer, Baugewerkschaft Kalkberge, eingetreten 16. Juli 1928 (336 876); Gust. Enskeneit, Hilfsarbeiter, Baugewerkschaft Königsberg i. Pr., geboren 7. Februar 1899 in Paderin, eingetreten 18. Juli 1923 (624 599); Karl Danziger, Hilfsarbeiter, Baugewerkschaft Lyck i. Ostpr., geboren 25. August 1901, eingetreten 17. Juli 1926 (275 013); Herm. Baars, Hilfsarbeiter, Baugewerkschaft Münster i. Westf., geboren 6. November 1889 in Duisburg, übergetreten 26. Juli 1921 (260 285); August Schütt, Baugewerkschaft Oldenburg i. O., geboren 31. Oktober 1907, eingetreten 14. Mai 1928 (571 189); Heinrich Klages, Maurer, Baugewerkschaft Solingen, geboren 26. August 1900 in Dorste/Harz, eingetreten 24. Oktober 1920 (287 911); Franz Richter, Baugewerkschaft Wittenberg, geboren 5. Februar 1897, eingetreten 9. April 1913 (162 368); Walter Keßler, Hilfsarbeiter, Baugewerkschaft Wittenberg, geboren 6. November 1896, eingetreten 11. Februar 1927 (332 818); Paul Eitlich, Hilfsarbeiter, Baugewerkschaft Wittenberg, geboren 7. November 1903, eingetreten 19. Januar 1925 (381 589); Wilhelm Privenau, Maurer, Baugewerkschaft Wittenberg, geboren 13. August 1870 in Neuenhofen, eingetreten 18. Juli 1897 (162 101). Von der Baugewerkschaft Sagan/Schlesien: Willi Kliemann, Maurer, geboren 31. Dezember 1903 in Sagan, eingetreten 2. März 1920 (360 208); Herbert Gindel, Maurer, geboren 28. März 1907, eingetreten 7. August 1928 (775 166).

## Gedenktafel verstorbener Mitglieder.

**Aschaffenburg.** (Großostheim.) **Adam Kapraun,** Maurer, 23 Jahre alt.
**Bayreuth. Friedrich Schultheiß,** Ofens., 65 Jahre alt.
**Franz Winterstein,** Hilfsarbeiter, 56 Jahre alt.
**Chemnitz.** (Lichtenst.-Callnbg.) **Ernst Landrock,** M., 57 J.
**Corbach. Heinrich Syring,** Bauhilfsarbeiter, 30 Jahr.
**Cottbus.** (Kronznick.) **Karl Wunderlich,** Maurer, 72 J.
**Dresden. Richard Künzel,** Hilfsarbeiter, 54 Jahre alt.
(Wilmsdorf.) **Hermann Ritter,** Maurer, 65 Jahre.
(Kötzschenbroda.) **Karl Herm. Umlauft,** Maurer, 50 J.
**Essen-Ruhr. Josef Böhnke,** Maurer, 53 Jahre alt.
**Frankfurt/M.** (Obererlenbach.) **Wilh. Erdmann,** M., 43 J.
**Konrad Odenwälder,** Hilfsarbeiter, 49 Jahre alt.
(Vilbel.) **Franz Schmidt,** Maurer-Polier, 74 Jahre.
**Halle S. Heinrich Nebelung,** Hilfsarbeiter, 62 Jahre.
**Jena. Herm. Dietsch,** Maurer, 65 Jahre alt.
**Landeshut/Schl. Richard Barth,** Hilfsarb., 48 Jahre.
**Richard Hanke,** Maurer, 25 Jahre alt.
**August Heyne,** Maurer, 55 Jahre alt.
**Landsberg/W.** (Lippehne.) **Otto Käding,** Maur., 21 J.
**Leipzig.** (Schkeuditz.) **Wilhelm Donner,** Maur., 58 J.
**Luigi Farina,** Hilfsarbeiter, 57 Jahre alt.
**Hugo Müller,** Hilfsarbeiter, 50 Jahre alt.
(Zwenkau.) **Richard Schnorrpusch,** Hilfsarb., 30 J.
**Wilhelm Zenker,** Maurer, 81 Jahre alt.
**Magdeburg. Friedrich Jordan,** Maurer, 71 Jahre.
**Leopold Klemm,** Maurer, 65 Jahre alt.
**Mannheim.** (Oggersheim.) **Jakob Hoffmann,** M., 46 J.
**Meißen. Otto Mehnert,** Maurer, 44 Jahre alt.
**Regensburg.** (Abensberg.) **Andreas Einzinger,** M., 52 J.
**Schleswig. Wilhelm Rösing,** 43 Jahre alt.
**Senftenberg.** (Zschornegosda.) **August Dreißig,** M., 71 J.
**Gr. Stendal. Friedrich Borstel,** Maurer, 65 Jahre alt.
**Stettin. Willi Brüggemann,** Maurerlehrl., 18 Jahre.
**Wilhelm Knötzlein,** Hilfsarbeiter. 72 Jahre alt.
**Wuppertal-Elberfeld. Christoph Konrad,** M., 75 J.

Ehre ihrem Andenken!

### Baugewerkschaft Borna.

Unsere Vertreterversammlung wird am Sonntag, dem 1. März, nachmittags 2 Uhr, im Volkshaus zu Borna abgehalten. — Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Anträge. — Anträge müssen bis zum 21. Februar beim Vorstand eingegangen sein.

---

**Itzehoe.** Am Sonntag, dem 15. Februar, nachmittags 2 Uhr, Jahresversammlung im Gewerkschaftshaus, Reichenstr. 9. Vormittags 10 Uhr Beginn der Sitzung des Beirats. Pünktliches Erscheinen aller Beteiligten ist Pflicht!

---

**Wilhelm Vogler,** Maurer, geboren am 16. September 1903 in Landeck, Kr. Schlochau (Grenzmark), letzter bekannter Aufenthaltsort 1928 Blankenburg a. Harz, wird gesucht. Wer seinen Aufenthaltsort weiß, wird gebeten, ihn mitzuteilen an Robert Vogler, Landeck (Grenzmark).

## Bücher u. Schriften

**Fachblatt für Maler.** Monatszeitschrift vierteljährlich 5 M. Verlag Fachblatt der Maler, Hamburg 36, Alster-Terrasse 10. — Neues Bauen und neues Wohnen haben auch die Raummalerei entscheidend beeinflußt. Das „Fachblatt für Maler" hat sich die Förderung des kunsthandwerklichen Schaffens in Farbe, Form und Raum als Aufgabe gestellt. Heft 1 ist ein glänzender Beweis für die Art, mit der das Fachblatt seine Aufgabe erfüllt. In dem 24seitigen Textteil auf bestem Papier enthält das Heft zahlreiche Illustrationen. Außerdem in Offsetdruck 5farbige und 2 schwarz-weiße künstlerisch ausgeführte Beilagen, die nach jeder Richtung hin befriedigen. Wir glauben gern, daß diese in ihrer Art vorbildliche Zeitschrift sich bei Malern, Architekten, Baubehörden, Schulen und sonstigen Freunden moderner handwerklicher Kunst größter Beliebtheit erfreut und können dem „Fachblatt für Maler" nur die weiteste Verbreitung wünschen.

**Gewerkschafts-Archiv.** Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Mit Beilage „Gewerkschaftliche Bildungsarbeit". Herausgegeben von Karl Zwing, Jena. Januarheft 1931. Verlag Karl Zwing, Verlagsbuchhandlung, Jena. Vierteljahrsabonnement 3,60 M. — Mit dem Januarheft ist das „Gewerkschafts-Archiv" in den 8. Jahrgang eingetreten. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Reallohnindex und Reallohn. — Die Politik des Farbentrustes. — Freihandelsfetischismus - Schutzzollwahnsinn. — Zwischenbilanz einer „Aktion". — G.-A.-Rundschau: Anmerkungen / Arbeiterstatistik / Sozialversicherung / Internationale Gewerkschaftsbewegung / Bücherschau / Gewerkschaftliche Bibliographie / Anzeigen.

**„Wohnungs-Wirtschaft."** Erscheint zweimal monatlich. Verlag: Berlin S 14, Wallstr. 58. Bezugsgebühr vierteljährlich 1,50 M. Probenummern kostenlos. Das Doppelheft 1/2 1931 ist eine Sondernummer für den Rheinisch-Westfälischen Kleinwohnungsbau zusammengestellt.

**„Der Bücherkreis",** Vierteljahrszeitschrift. Redigiert von Karl Schröder. 7. Jahrgang. 1931. Heft 1. Sonderheft „Film und Funk". Reich bebildert. Typographische Ausstattung Jan Tschichold, München. 64 Seiten. Verlag „Der Bücherkreis G. m. b. H.", Berlin SW 68. Preis 0,90 M. — Das vorliegende Heft faßt die Forderungen zusammen, die von der sozialistischen Arbeiterschaft und ihren Kulturpolitikern an Film und Rundfunk gestellt werden. Da eine solche Zusammenfassung bisher fehlte, ist seine Lektüre auch für den Gegner der hier vertretenen Auffassungen lehrreich und anregend.

**„Lehrbuch für Zimmerer",** Teil 3 (Oberstufe). Band 14 der Sammlung „Für Berufsschule und Praxis". Von Gewerbeoberlehrer Wagner und Dietering. 200 Seiten Text. 266 Textabbildungen und 32 Bildtafeln. Größe Din A 5. Preis 3,60 M. Verlag Gebrüder Jänecke, Hannover, Osterstr. 88/89. — Nach Fertigstellung des 3. Bandes liegt das „Lehrbuch für Zimmerer" nun vollständig vor. Ebenso wie in den Teilen I und II haben die Verfasser die Stoffgebiete: Fachkunde, Fachrechnen und Fachzeichnen organisch verbunden. Grundsätzlich sind nur solche Stoffe aus der Praxis behandelt worden, die die Richtlinien des Bundes deutscher Zimmermeister für die Gesellenprüfung vorschreiben.

**Justizkrise.** Gequälte Menschen, II. Teil. Drama von Karl Crede. Verlag J. H. W. Dietz, Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Preis kartoniert 1,30 M. — Es ist kein generelles Anklagestück gegen die Justiz. Crede will zeigen, wie ein einzelner von der riesigen Gerechtigkeitsmaschine erdrückt wird (Haftpsychose, Allmacht des Untersuchungsrichters, Bösartigkeit der Sachverständigen, Irrtum des besten Indizienbeweises). Ein echtes Drama. — Die Aufführung im Deutschen Theater in Hannover führte das Werk zu einem starken Erfolge.

**Der Fall Bundhund.** Von Bruno Nelissen Haken. Verlag Eugen Diederichs, Jena. Preis kartoniert 3,80 M, Leinen 4,80 M. — Beim Lesen des Buches tauchen Fragen auf: Ist es objektiv, die Schilderung als falsch zu bezeichnen? Sind nicht die, die in einem staatlichen Organisationsapparat stecken, zu sehr von seiner Maschinerie gefangen genommen, um zu sehen, daß in manchen Dingen das Leben doch eine andere Regelung erheischt? Birgt nicht jeder Organisationsapparat die Möglichkeit zu „Fällen", die als Ungerechtigkeiten vom einzelnen empfunden werden? Wenn man sich mit diesen Fragen genügend herumgeschlagen hat, wertet man den hier im Buch geschilderten Fall als Einzelerscheinung, der sich so oder so einmal ereignet haben mag. Der Fall Bundhund ist keine allgemeine, immer wiederkehrende Ungerechtigkeit. Das hamburgische Arbeitsamt hatte keine Ursache, sich über das Buch aufzuregen. Wenn es sich vorgenommen hätte, bei Einzelfällen besser aufzupassen und genauer nachzuforschen, dann wäre dem, was von dem Verfasser gewollt wird, mehr soziales Verständnis, Genüge geschehen. Daß ein „Parteibuch" solche Macht haben soll, wie in dem Buch von Haken dargestellt, ist kompletter Unsinn. Noch etwas zu dem Stil des Buches. Manchem mag die Art des Schreibens zusagen. Den meisten Menschen wird die Schreibweise Hakens auf die Nerven fallen. Es gehört Gewöhnung dazu und beim Anfang des Buches auch guter Wille, es zu lesen. Sonst fühlt man sich durch die abgehackten Sätze abgestoßen. Die Zusammenführung der Schicksale des Arbeiters und des Akademikers ist in dem Buch sehr gut gestaltet.

**Die Zwangsjacke.** In diesem Roman läßt Jack London einen zu lebenslänglichem Kerker Verurteilten, der später dem Strang überliefert wird, die Erlebnisse der letzten Jahre seiner Qual berichten. Es ist ein Buch des Grauens. Der Gefangene wird von den Wächtern und der Gefängnisleitung gefoltert und oft tagelang in die Zwangsjacke geschnürt. Die fieberhaften Phantasien während dieser Folter erscheinen ihm als Wirklichkeit, die sein Geist, von dem er annimmt, daß er seinen Körper verlassen habe, durchstreift. Mehr als die zügellose Phantasie einer gepeinigten Seele interessiert uns jedoch die Darstellung des Daseins eines Eingekerkerten, die Darstellung des modernen und „humanen" Strafvollzugs. Im Land des konsequenten Hochkapitalismus ist auch das kapitalistische Zuchthaussystem am erschreckendsten ausgeprägt. Jack Londons Roman deckt diese Tatsache mit schonungsloser Offenheit auf. Der Roman erscheint im Universitas-Verlag, Berlin; eine Volksausgabe für ihre Mitglieder hat die Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61, herausgebracht.

**Westermanns Monatshefte.** Die Februarnummer (Preis wie immer 2 M) liegt uns vor. Auch sie ist wieder vielseitig und abwechselungsreich. Unter anderem bringt der Kunsthistoriker Dr. Paul Schmidt einen Querschnitt über das Werk Emil Orlik's. Ferner seien genannt Beiträge von Werner v. d. Schulenburg, Eva Volkmann, Dr. Tornius, August Köster. Irmgard Spangenberg beginnt mit einem großen Roman „Alles um Jorindental", Will Vesper wartet mit dem Schluß einer drolligen Kleinstadtgeschichte auf. Eine Menge Illustrationen, vielfach farbig, unterstützen den Text in wirkungsvoller Weise. Der Verlag stellt gegen Einsendung von 30 ₰ für Porto gern eine Probenummer kostenlos zur Verfügung. Zu bestellen beim Verlag Westermanns Monatshefte, Braunschweig.

**Wie ein Mensch geboren ward.** Von Maxim Gorki. Geschichten und Begebenheiten aus dem Leben russischer Barfüßler und Asylisten, denen Gorki in den Jahren seiner Wanderschaft begegnete. Malik-Verlag, Berlin W 50, Passauer Str. 3. Kart. 3 M, Leinen 5 M. — Ueber die große Kunst Gorkis braucht kein Wort mehr gesagt zu werden. Er ist wohl der beste Sittenschilderer des russischen Volkes. Seine Geschichten atmen die Atmosphäre des von technischen und politischen Umwälzungen noch unberührten Teils des Volkes. Dieser Band Erzählungen gehört mit zu den besten Werken Gorkis.

**Regiment Reichstag.** Kampf um Berlin. Fackelreiter-Verlag, Hamburg-Bergedorf, Postfach 49. Preis kart. 4 M, Leinenband 6 M. — „Regiment Reichstag" scheint die bei diesem Verlag vorgezeichnete Linie zu verlassen. Aber das scheint nur so. Das Buch gibt sich absolut neutral, spart nicht mit Kritik im eigenen Lager und kommt dann doch zu dem Ergebnis, daß — alles in allem — das Verhalten der Sozialdemokratie damals richtig war. Vaterlandslose Gesellen haben damals diesen Staat gerettet, mit dem heute die Hitlerjungen Ball spielen möchten. Das Buch vermittelt einen fast plastischen Eindruck von den damaligen Zuständen und dem Leben gewisser Kreise in einer Zeit, die mehr Bürgerkrieg als sonst etwas war. Offiziere, Politiker, Parteifunktionäre, Aufrührer, Bürger, Soldaten, Kriegsgewinnler und Spielklubplünderer schreiten auf den Seiten dieses Buches durch diesen Akt deutscher Geschichte.


Lest unsere fachwissenschaftliche Zeitschrift „Das Bauwerk" (F

Maurerhosen! Zweidraht 6,- u. 8,- M., Dreidraht 10,- M., Herkules 13,- M. sendet nach Maß Hohlfeldt, Dresden 6, Ritterstr. 2.

Das Bundes-Mitgliedsbuch gehört in die Buchtasche

Zu haben bei den Baugewerkschaftsvorständen (F

Staatslose versendet Staatl. Lotterie-Einnahme Berlin, Stresemannstr. 103

Reellste Bezugsquelle!
**Neue Gänsefedern**
von der Gans gerupft mit Daunen, dopp gereinigt, allerbeste Qualität Pfd. 3.—, nur kleine Federn (Halbdäun.) 4.50, ¾ Daunen 6.25, gereinigte, gerissene Federn mit Daunen 3.50 u. 4.75, hochpr. 5.75, allerf. 7.—. Ia Volldaunen 9.— u. 10.—. Für reelle, staubfr. Ware Garant. — Versand gegen Nachnahme. ab 5 Pfd. portofrei. Nichtgefall. nehme auf meine Kosten zurück. **Willy Manteuffel,** Gänsemästerei, gegr. 1852, **Neutrebbin 5 b** (Oderbr.) Aeltestes u. größtes Bettfedernversandgeschäft des Oderbruches

**Wilhelm Pahr**
Jetzt:
**Berlin, Brunnenstr. 79.**

Eisen- Stahl- u. Holz- **Betten** Schlafzim., Stahlmatr., Kinderb., Polst., Chaisel., an jeden, Teilzhlg. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Billige böhm. Bettfedern nur reine, gutfüllend. Sorten Ein Kilo: graue geschliss. 2,50 Mk., halbweiße 3,- Mk., weiße 4,- Mk., bessere 5,- Mk., 6,- Mk., daunenweiche 7,- u. 8,- Mk., beste Sorte 10,- u. 12,- Mk., weiße ungeschlissene Rupffedern 6,50 u. 7,50 Mk., beste Sorte 9,50 Mk Versand franko zollfrei, gegen Nachn. Muster frei. Umtausch u. Rücknahme gestatt. Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 9, bei Pilsen, (Böhm).

**Louis Mosberg**
Bielefeld 2
Berufskleidung
Werkzeuge
— Preisliste gratis —

Aha, endlich die richtig. Quelle

| | |
|---|---|
| Kippenspeck | Pfd. 1,05 |
| fetten Speck | Pfd. 0,95 |
| Schinkenspeck | Pfd. 1,20 |
| Cervelatwurst | Pfd. 1,38 |
| Salamiwurst | Pfd. 1,38 |
| Schink.-Plockwurst | Pfd. 1,48 |
| Prinzeß-Teewurst | Pfd. 1,48 |
| Blutwurst | Pfd. 0,75 |
| Leberwurst | Pfd. 0,75 |

geräucherte, hies. Ware, in 9 Pfd. Kolli, auch gemischt.

| | |
|---|---|
| 9 Pfd. Schweinsköpfe, mit dicker Backe | 4,50 |
| 9 Pfd. Schweinekleinfl. | 3,20 |
| 9 Pfd. rote Kugelkäse | 2,65 |
| 9 Pfd. Tilsit. Formkäse | 2,65 |
| 200 speckige Harzer | 3,20 |
| 4½ Pfd. Kugel und 100 Harzer | 2,95 |

freibleibend ab hier Nachnahme
H. Krogmann, Nortorf (Holst.) 57
Fleischwaren u. Käsefabrik.

**Gummiwaren,** hygien. Artikel. Preisl. G 1 grat. „Medicus" Berlin SW 68, Alte Jacobstr. 8

Inventur-Ausverkauf
gewaltiger Preissturz
bis zu 50%
Jedem Katalog liegt außerdem eine wertvolle Ueberraschung gratis bei u. den reichillustr. Katalog m. üb. 4000 Artikel des tägl. Bedarfs bek. Sie umsonst dazu. Schreiben Sie noch heute! Versandhaus A. & S. Schinder München 77 Lindwurmstraße 125

**Billige böhm. Bettfedern!**

1 Pfund graue. gute, geschlissene 80 Pf., 1 Mk., halbweiße 1,20 Mk., 1,40 Mk., weiße flaumige, geschliss. 1,70 Mk., 2 Mk., 2,50 Mk 3 Mk.; feinste. geschliss. Halbflaum-Herrschaftsfedern 4,—, 5,—, 6,— Mk.; 1 Pfund Rupffedern, ungeschlissen, mit Flaum gemengt, halbweiß 1,75, weiße 2,40. 3,— Mk., allerfeinster Flaumrupf 3,50 Mk., 4,50 Mk. Versand zollfrei gegen Nachnahme, von 10 Pfund an franko. Umtausch gestattet. für Nichtpassendes Geld retour. Muster und Preisl. gratis S. Benisch in Prag XII, Amerika ulice Nr. 33, Böhmen

**Sigurd-Webwaren!**
Hemdentuche, Nessel, Damaste, Handtücher, Tisch-, Bett- u. Frottierwäsche, Taschentücher, Schürzen, Berufskleidung, Kleiderstoffe, Strümpfe, Damen- u. Herrenwäsche, Trikotagen.
Bettfedern, Inletts, Barchent, Bettstellen, Stepp- u. Schlafdecken, Gardinen u. s. w.
Katalog kostenlos!
Trotz bereits herabgesetzter Preise vorübergehend
10% Sonder-Rabatt
Garantie: Geld zurück für Ware die nicht gefällt.
Sigurd-Gesellschaft, Kassel 368

100 000 zufriedene u. dankbare Kunden!

Die Spitzenleistung
der deutsch. Sprechmaschinen-Industrie
Preis ab Fabrik nur 78,- Mk. 1 Jahr Garantie.
Ohne Anzahlung 2.— Mark Wochenrate
Rücksendungsrecht innerh. 8 Tag.
Leo Heinrich Sprechmaschinen-Fabrik „EDELTON"
Berlin N 65, Lynarstraße 5-6.
Schallplatten (Weltmarke) gr. Auswahl, bequemste Zahlweise, Prosp. 88 gratis u. franko.


Verlag: Deutscher Baugewerksbund (Nikolaus Bernhard). — Verantwortl. Schriftleiter: Arthur Schmit. — Verantwortl. für den Anzeigenteil: Paul Lange sämtl. in Berlin. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei, Berlin SW 68